

Die „Freiheit“ erscheint morgens und nachmittags, an Sonn- und Festtagen nur morgens. Der Bezugspreis beträgt bei vierwöchiger Abnahme im Voraus 7.50 M., im Voraus zahlbar. Für Ostpreußen nehmen sämtliche Postämter Bestellungen entgegen. Unter freierhand bezogen für Deutschland und Österreich 10.— M., für das übrige Ausland 13.50 M., zuzüglich Valutaaufschlag, per Brief für Deutschland und Österreich 17.— M. Redaktion und Expedition: Berlin NW. 6, Schiffbauerdamm 19 III. Fernsprecher: Amt Norden 833—36, 2895 und 2896.

Werbebefehle: Die achtgipf. Nonparillregeln oder deren Raum 3.20 M., zuzügl. 20% Courage. 1/4 Schlag, Familien- und Organisationsanzeigen die achtgipf. Nonparillregeln 2.40 M., zuzügl. 20%. Kleine Anzeigen: Das festgedruckte Wort 1.15 M., jedes weitere Wort 85 Pfg., zuzügl. 20% Courage. 1/4 Schlag, Familien- u. Organisationsanzeigen: Das festgedruckte Wort 1.15 M., jedes weitere Wort 85 Pfg., zuzügl. 20% Courage. Inseraten-Abteilung: Berlin NW. 6, Schiffbauerdamm 19 Fernsprecher: Amt Norden 833—36, 2895—96, 9768

Die Freiheit

Berliner Organ

Der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Der Wahlkampf der Scharfmacher.

Die Armeen formieren sich zum Wahlkampf, es beginnen die ersten Geplänkel. Auch das deutsche Unternehmertum sucht Stellung zu finden im Aufmarsch der Fronten.

Die deutschen Unternehmer haben nie daran gedacht, von ihren Nachbarn auch nur das mindeste entgegenzunehmen. In ihrer ersten Angst vor der Revolution, die sie bereits, wenn auch in ungewissen Vorstellungen, in den letzten Kriegsmomenten vorausahnten, wuchsen sie vor einem allzu hartem Zusammenstoß mit der Arbeiterklasse Deckung in den Arbeitsgemeinschaften. Mitunter Miene zum bösen Spiel haben sie einige Zeit den Maßnahmen einer Regierungskoalition zu, der auch Sozialisten angehörten. Das Unternehmertum stellte sich wirtschaftlich und politisch auf die Parität ein in der Gewissheit, daß diese der Machtstellung der Unternehmer mindestens nicht schädlich sein werde, und in der Hoffnung, daß sie ihnen sogar nutzen könne, indem sie einen Teil der Arbeiterklasse und der Organisationen der Arbeiterklasse von der klaren Kampfstellung zur Kapitalistenklasse abziehen und so Unsicherheit, Spaltung und Mißtrauen in die Massen der Arbeiter tragen werde. Die Haltung mancher Organisationen und der rechtssozialistischen Partei während des Krieges forderte zu einem solchen Versuch des Unternehmertums heraus.

Die Hoffnung bewährte sich glänzender als das Unternehmertum hoffen konnte. Die Ebert, Noske, Heinke und ihre Gefolgschaft leisteten ihnen willig treffliche Dienste. Sie machten die Staatsgewalt gegen die Arbeiterklasse mobil und organisierten in der Technischen Hilfe sogar eine industrielle Schutztruppe für das Unternehmertum, womit sie eine Aufgabe auf Kosten des Staates lösen, die das Unternehmertum früher mit schweren Opfern an Geld selbst erfüllen mußte. Sie begannen eine sozialpolitische Gesetzgebung, die alle revolutionären Arbeiterrechte Schritt für Schritt beseitigte und deren letzte Wirkungen zu einer unerschütterlichen Knebelung der Bewegungsfreiheit der gewerkschaftlichen Organisationen führen wird, wenn sie fortgesetzt und zur Vollenbung gebracht wird.

Je ungenierter diese Politik getrieben wurde, um so mehr wuchsen die Ansprüche des Unternehmertums. Die Scharfmacher merkten bald, daß ihre Wünsche um so eher in Erfüllung gingen, je lauter sie schrien. Während Volkstimmung und politische Situation und Machtverteilung unmittelbar nach dem Novemberzusammenbruch die Unternehmer nötigte, ihr herzustimmendes reaktionäres Gewand mit einigen demokratischen Rappchen auszubessern, was durch die Bildung und zeitweise Unterstützung einer großen, demokratisch formierenden Partei geschah, konnten sie diese Bemäntelung ihres wahren Wesens, das einst in der reaktionären Politik der Nationalliberalen seinen klassischen Ausdruck fand, allmählich wieder abstreifen. Diese Demokratisierung des Unternehmertums erfolgte in demselben Grade, wie ihre Machtstellung sich mit Hilfe der teils verbrecherisch dummen, teils offen verräterischen Politik der Rechtssozialisten besserte. Damit bewiesen ist, daß nicht die radikalen Forderungen der revolutionären Arbeiterklasse, sondern die verderbliche Nachgiebigkeit und Kompromißsucht der regierenden Rechtssozialisten die Stärkung der Reaktion hervorgebracht hat, sofern es nach der Kapp-Episode eines solchen Nachweises noch bedarf.

Als Kapp und Lüttich zur Tat schritten, schlug das Herz der Industriellen höher. Neben zahlreichen positiven Beugnissen für ihre Sympathie mit den Vorlämpfern der Reaktion, beweist die zornige und enttäuschte Haltung ihrer Presse nach dem unglücklichen Ende der Episode des weißen Terrors. Nun aber eröffnet die „Deutsche Arbeitgeber-Zeitung“ den Wahlkampf der Unternehmerklasse mit einem Artikel, der den letzten verhängenden Fesseln fallen läßt und ein deutliches Bekenntnis zur Richtung Kapp-Strömer-Hergt ausspricht.

Der Artikel beginnt mit der Mahnung, daß das Unternehmertum durch energisches Eintreten in den Wahlkampf dazu beitragen möge, daß nun endlich einmal auch eine größere Menge solcher Männer auf die Gehegung Einfluß gewinnt, welche den Wert und die Bedeutung des Unternehmertums richtig einzuschätzen im-

Die deutsch-französischen Handelsbeziehungen.

Eine bevorstehende Aussprache.

Die Reichsregierung hat in Paris angeregt, anlässlich der demnächstigen Besprechungen über Ein- und Ausfuhrverbote noch eine allgemeine Aussprache über die deutsch-französischen Wirtschaftsbeziehungen zwischen hervortragenden beiderseitigen Sachverständigen stattfinden zu lassen. Der französische Ministerpräsident ist bereitwillig auf diesen Vorschlag eingegangen, indem er betont, daß auch er auf die Wiederaufnahme der wirtschaftlichen Beziehungen zwischen den beiden Ländern großen Wert lege. Der Zeitpunkt der Besprechungen wird ebenfalls festgelegt und ebenso sollen die Sachverständigen in Höhe bestimmt werden, die Deutschland zu vertreten haben werden.

Damit ist ein alter Vorschlag der deutschen Regierung in die Tat umgesetzt und das Prinzip der freien Aussprache, wie es jetzt auch für die Zusammenkunft in Spa geltend ist, für das schwierige deutsch-französische Wirtschaftsproblem verwirklicht. Die Regierung hofft, daß die Befragung des Waingaus rädig gemacht sein wird, ehe sich die beiderseitigen führenden Wirtschaftler an einen Tisch setzen.

Eine neue Koalitionregierung in Sachsen.

In einer gemeinsamen Sitzung der sozialdemokratischen und der demokratischen Fraktion der Volkskammer wurde heute beschlossen, an der bisherigen Koalition unter voller Wahrung der programmatischen Selbständigkeit beider Fraktionen

stande sind“. Zur Zeit, fährt der Artikel in seinen Darlegungen fort, herrsche in Deutschland das Parteiregiment. Auf den Ministerposten gelange nicht derjenige, dem man eine große Erfahrung und gründliche Beherrschung seines Ressorts zutrauen kann, also der „Fachmann“, sondern nur solche Männer werden gewählt, die sich bei der dominierenden Partei beliebt zu machen wissen. So daß wir das Schauspiel erleben mußten, daß die Welle des Schiebertums, die so verheerend über Deutschland dahinbraust, ihre Spritzer bis in die Kreise der verantwortlichen Regierung geworfen hat.“

Wir haben keinen Anlaß, die Regierungen Ebert-Hauser-Noske oder Ebert-Müller-Gehler gegen diese Anklage zu verteidigen. Dazu haben sie ihre Leute. Aber bemerken möchten wir doch, daß diese Argumente des Unternehmerblattes eine auffallende Ähnlichkeit mit den dürftigen und beschwerlichen Begründungen für das Kapp-Unternehmen aufweist. Ist es schon erlaubt, aus dieser Ähnlichkeit der Argumentation auf eine tiefegehende Übereinstimmung in der Gesinnung zu schließen, so wird die Neigung des Unternehmerblattes zur finsternen Reaktion an anderer Stelle noch deutlicher.

Das Blatt meint, die Unternehmer könnten im Wahlkampf reaktiv beiseite treten und meinen, daß „bei diesem Wahlkampf“ doch kein „auch nur glimpflicher Ausweg“ für sie erwartet werden könne. Man würde doch nur eine hoffnungslose Minderheit sein. Da die deutsche demokratische Partei wohl kaum mit einer Verdammnis zur hoffnungslosen Minderheit rechnet und gar nicht daran denkt, ihre Politik auf eine solche Situation einzustellen, so ist schon diese Bemerkung neben anderen ähnlichen Wendungen des Artikels ein Zeichen dafür, daß die Führer des organisierten Unternehmertums ihre politische Interessenvertretung heute nicht einmal mehr in dieser Partei der sozialen und wirtschaftlichen Reaktion, sondern noch viel weiter rechts sehen. Noch deutlicher aber enthüllt das Zentralblatt der Unternehmerorganisationen die von ihm bevorzugte Tendenz und Methode in dem folgenden Satz: „Wag uns immerhin an eine Minorität beschieden sein, auch eine kraftvolle Minderheit kann schlimmsten Übels abwenden, kann unter Umständen den Weg zur Rettung zeigen.“

Auf welche Art kann wohl eine kraftvolle Minderheit den Weg zur Rettung zeigen und gegen — denn beim „Reigen“ wird man es kaum bewenden lassen

festzuhalten und der Kandidatur des früheren Kultusministers Busch als Ministerpräsidenten zuzustimmen.

Nach dem Verlauf ihrer Landeskonferenz war zu erwarten, daß die sächsischen Rechtssozialisten die Verbindung mit den Demokraten von neuem aufnehmen würden. Die am schwersten kompromittierten Leute wurden ausgeschickt, die ebenso schwer kompromittierte Koalitionspolitik fortgesetzt.

Polnisch-ukrainische Offensive gegen Rußland.

Das militärische Zusammenarbeiten zwischen den Polen und den Ukrainern hat am 28. April begonnen. An diesem Tage setzte die allgemeine Offensive auf einer Frontlänge von 180 Meilen ein. Die Polen rücken unter dem Oberbefehl des Generals Pilsudski rasch vor und haben die roten Truppen aus der Nebenfronten, darunter auch aus Schmerinka, verdrängt. Die Hauptrichtung des Vormarsches ist bekanntlich Kiew.

Forderungen der russischen Regierung an England.

Wie der diplomatische Mitarbeiter der „Daily Mail“ meldet, hat die Sowjetregierung in ihrer Antwort auf die letzte Note Cursons betreffs der Ueberreste der Truppen Denikins drei Weginforderungen aufgestellt, nämlich Druck auf Polen im Sinne eines Friedensschlusses mit Rußland, Zulassung von Litwinow in England und Befreiung von Wela Run, der in Österreich gefangen ist.

wollen —, als auf die Art der Kapp und Lüttich?

Daß der Artikel fordert, daß der Streik mit allen Mitteln zu bekämpfen ist, daß der Arbeitgeber-Zeitung der Generalstreik und die Sozialisierungs-Kommission verabschiedenwürdige Gravel sind und daß sie in der Forderung der Bezahlung der Streiklöhne einen unzersehbaren Fessel sieht, versteht sich von selbst. Als positive Parole aber verkündet das Blatt: „Schutz und Freiheit dem Unternehmertum. Bekämpfung aller unternehmerfeindlichen Strömungen.“ Das „freie, unbehinderte Unternehmertum“ sei zur Führerschaft des deutschen Volkes berufen.

Diese Forderung kann nur erfüllt werden durch völlige Ablehnung der Idee des Sozialismus, von den Anfängen der Sozialisierung und von jeder Wirtschafts- und Sozialpolitik, die bewußt das Ziel verfolgt, die Stellung der Arbeiterklasse in Wirtschaft, Gesellschaft und Staat zu stärken. Ja, die Erfüllung dieser Forderung hat sogar zur Voraussetzung die Befreiung der verfassungsmäßigen politischen Rechte und Freiheiten, woraus die Wendung des Artikels der „Arbeitgeber-Zeitung“ gegen „dieses Wahlrecht“ deutlich und folgerichtig hervorgeht. Eine solche Ablehnung aber ist wiederum nur möglich nach der blutigen Niederwerfung der Arbeiterklasse. Der Terror der Kapp, Ludendorff und Lüttich ist also die Voraussetzung für die Erfüllung des Programms der „Deutschen Arbeitgeber-Zeitung“.

Das Proletariat kann solchen Gefahren nur begegnen, indem es auch bei den Wahlen den Klassenkampf mit Klarheit und Offenheit führt. Der Wahlkampf selbst und der Ausgang der Wahlen müssen erkennen lassen, daß es keine Gemeinschaft zwischen Arbeiterklasse und Unternehmertum gibt, in welchem politischen Gewande sich dieses auch immer zeigen mag. Wer irgendwo und irgendwie mit diesen Kappisten paktiert, sei es in wirtschaftlichen Organisationen oder bei der Lösung politischer Fragen, wird mit Schuld an ihrem Treiben und zum Schädling an den Interessen des Proletariats. Die Arbeiterklasse muß geklärt auf die Seite derer treten, die den offenen, energischen Kampf führen gegen das „freie, unbehinderte“ Unternehmertum, für ein entscheidendes Mitbestimmungsrecht der Arbeiter und Angestellten in allen Fragen der Produktion, für eine unzerstörliche Durchführung der Sozialisierung!

Heraus aus den Betrieben am 1. Mai!

Der Staatsstreik als Komödie.

Ein Anschauungsunterricht auf dem Gebiete der Demokratie.

Aus Gotha wird uns geschrieben:

Das Reichsgewitter über Gotha hat sich entladen. Aus der dicken schwarzen Wolke ist der Blitz in das Parlamentsgebäude gefahren. Der Reichsregierungs-Kommissar Solle hat die rechtmäßige Landesversammlung durch Verordnung aufgelöst und Neuwahlen zum 30. Mai ausgeschrieben. Damit haben die bürgerlichen Parteien, von den Deutschnationalen bis zu den in Gotha ihre ekelhaften Gistblüten treibenden Sozialverrättern, ihr seit Monaten durch alle möglichen Machinationen und Denunziationen „hintenherum“ erstrebtes Ziel erreicht. Und die hohe Reichsregierung Eberts des Gerechten hat der ihn schon so lange verhassten Arbeiterregierung im kleinen Gothaer Ländchen das große Reichsschwert in die Brust stoßen lassen. Triumph!

Die kasspirischen Hochverräter kann das Reich nicht kassen, die Eisernen Brigaden der monarchistischen Reuterer bleiben unangefastet. Kein Reichskommissar hebt das Münsterlager aus oder läubert die bayerische Gegenregierung. Aber über Gotha feiert die allmächtige Reichsregierung einen glänzenden Sieg. Freilich auch da wartet sie sich erst heran, nachdem Gotha durch die schweren Kämpfe gegen die Gothaer Koppisten aus tiefen Wunden blutet. Hatte die Gothaer Arbeiterschaft doch mehr als 100 Freiheitskämpfer beerdigen müssen! Hatte sie doch den Generalfreistraf vom 13. März an mit am längsten in Deutschland durchgehalten! Hatte sie doch dann den Einmarsch der Rossiden über sich ergehen lassen müssen! Und dann erst — nachdem selbst der militärische Oberkommandeur in großen Blakaten in Gotha erklärte: „Ruhe und Ordnung ist in Gotha wiederhergestellt“, in Gotha der Ausnahmezustand aufgehoben und die Truppen abgerückt worden —, dann erst nach fast vierzehn Tagen verbängt Ebert von neuem den Ausnahmezustand, kendet neue Truppen und den Direktor Solle und beseitigt die verfassungsmäßige Regierung in Gotha!

Aber damit der Humor nicht fehle: Sehen wir den Fall, daß bei der durch den Staatsstreik erzwungenen Wahl am 30. Mai zu einer neuen gothaischen Landesversammlung die jetzige bürgerliche Winderbeit sich in die Wehrheit verpaideln und die bürgerlichen Schötkinder Eberts freudestrahelnd die Regierungsbessel erhellern würden — wie lange kann diese Herrschaft dauern? Wie, sie kann überhaupt nicht dauern, denn mit dem 1. Mai ist ja der Staat Thüringen begründet, haben die einzelstaatlichen Regierungen bereits ihre Regierungsgewalt an den Thüringer Staats- und Volksrat abtreten müssen. Und sollten die nachstehenden Wahlen für den Thüringer Volksrat gar mit den Reichstagswahlen verbunden werden, so liegen zwischen dem 30. Mai und 6. Juni gerade sieben Tage! Eberts Staatsstreik hat sich im Kalender verlesen!

Doch alles das ändert an der Tatsache nichts, daß mit ihrem Wutich gegen Gotha die Ebertregierung einen politischen Anschauungsunterricht über das Wesen der Demokratie erteilt hat, der hoffentlich seine Früchte trägt — nicht zum Wenigsten bei den kommenden Wahlen.

Daß die gothaische Arbeiterschaft gegen den Generalkommissar Eberts von Horn und Solle geschäftelt protestiert, braucht bei der politischen Einstellung des Gothaer Proletariats nicht erst betont zu werden.

Sieben erfahren wir noch, daß die zum 28. April von der Landesregierung einberufenen Abgeordneten durch den Reichskommissar Solle ein Telegramm erhalten haben, daß die Landesversammlung nicht stattzufinden hat. Denn ich bin groß und ihr seid klein!

Die ohnmächtige Reichsregierung.

Bayerns Selbstherrlichkeit.

Wie wir bereits mitteilen konnten, ist in München unser Partei-Organ der „Kampf“ verboten worden, weil das Blatt Dokumente über den militaristischen Charakter der Einwohnervahren veröffentlicht hat. Bei dem Versuch, eine Beschwerde gegen dieses unberechtigte Verbot bei den Berliner Regierungsstellen anzubringen, stellte sich ein Tatbestand heraus, der das größte Interesse der Öffentlichkeit verdient. Die Reichsregierung ist nämlich nach ihren eigenen Mitteilungen völlig machtlos gegenüber den Maßnahmen, die in Bayern während des Belagerungszustandes der Inhaber der vollziehenden Gewalt dort vornimmt. Weder der Reichspräsident noch die Reichsregierung haben die Möglichkeit irgendeines Einspruches. Eine Beschwerde über Presseverbote, die nach der neuen Regelung des Ausnahmezustandes sonst beim Reichsministerium des Innern angebracht werden muß, ist in Bayern nicht möglich, da der Reichsminister des Innern für die Maßnahmen des bayerischen Ausnahmezustandes nicht zuständig ist. Ebensovienig ist es möglich, sich an den aus Reichsratsmitgliedern gebildeten Beschwerdeausschuss für Presseverbote zu wenden. Dieser hat juristisch nicht die Möglichkeit, gegen die bayerischen Presseverbote irgend etwas zu unternehmen.

Diese Tatsachen sind so bedächtig und in ihren Konsequenzen so ernst, daß die Regierung schleunigst Gelegenheit nehmen muß, sich in der Öffentlichkeit dazu zu äußern. Dieser Zustand bedeutet nichts mehr und nichts weniger, als daß Bayern zu einem nach jeder Richtung hin selbständigen Staat wird, sobald dort der Ausnahmezustand eingeführt ist. Der Ausnahmezustand, der ja angeblich in Zeiten drohender Gefahr vor Erschütterungen der Ordnung im Reiche schützen soll, schafft also einen Zustand, der die Einheit des Reiches stark gefährdet. Wahrlich ein treffliches Werk, das die Regierung mit der Korrektur des Ausnahmezustandes hier vollbracht hat. Bedenkt man, daß die separatistischen Bestrebungen in letzter Zeit in Bayern mit erneuter Stärke austreten, daß weiterhin die reaktionäre Welle in Bayern von neuem anschwillt, daß die bayerische Regierung bereits ausgesprochen reaktionären, wenn nicht monarchistischen Charakter trägt, daß es also sehr leicht zu innerpolitischen Konflikten zwischen Bayern und der deutschen Reichsregierung kommen kann, so begreift man die ganze Unfähigkeit, mit der die Regierung die Frage der Reichseinheit behandelt. Es ist gut, daß die Wählerchaft noch rechtzeitig erfährt, ein wie schiefes Spiel diese Koalitionsoberregierung mit der Einheit des deutschen

Reiches und somit mit der Zukunft des deutschen Volkes treibt.

Wir sind begierig zu erfahren, ob die Reichsregierung und der Reichspräsident überhaupt noch die Macht besitzen, den Ausnahmezustand in Bayern aufzuheben. Nach den oben erwähnten skandalösen Tatsachen ist die sofortige Aufhebung des Ausnahmezustandes in Bayern, für den nicht der geringste Anlaß vorliegt, im Interesse der Reichseinheit unbedingt erforderlich, zumal die reaktionäre Regierung in Bayern den Ausnahmezustand lediglich zur Anedelung der linken Oppositionsparteien während der Reichstagswahlen nutzt.

Auch die „Neue Zeitung“ verboten.

Die kommunistische „Neue Zeitung“ ist nun ebenfalls vom Staatskommissar verboten worden. In der Redaktion wurden eine Anzahl Schriftstücke beschlagnahmt und einige Platten vernichtet.

Am 4. Mai beginnt im bayerischen Landtag eine neue politische Debatte über die Vorgänge im Monat März und Anfang April. Die Ursache dazu gibt eine Interpellation der sozialdemokratischen Partei, die vor allem Auskunft verlangt über die Ergebnisse der von der Regierung eingeleiteten Untersuchung bezüglich der Märzvorgänge.

Das bayerische Kultusministerium gibt bekannt, daß am 1. Mai an den bayerischen Unterrichtsanstalten der Unterricht nicht auszufallen hat.

Erklärung.

Ich habe mich davon überzeugt, daß das in Nr. 419 vom 1. September 1919 in der „Freiheit“ abgedruckte, aus der „Leipziger Volkszeitung“ übernommene Dokument betreffend „Kochspiegelarbeit des Hauptmanns Gall in Oberschlesien“ nicht existiert, daß also eine Mystifikation vorliegt. Damit entfallen sämtliche Schlußfolgerungen, die in der „Freiheit“ an dieses Dokument geknüpft sind. Namentlich lag es mir fern, die Persönlichkeit des Hauptmanns Gall anzugreifen. Den Vortourist illoyalen Verhaltens, der an die Mitteilung dieses Dokuments geknüpft war, nehme ich daher mit dem Ausdruck des Bedauerns zurück.

Alfred Wislapp, Redakteur.

Der 1. Mai in den Staatsbetrieben.

Urlaub gegen Lohnzahlung und Sonntagsdienst.

Auf Grund eines Kabinettsbeschlusses soll in den Staatsbetrieben den Arbeitern und Beamten am 1. Mai Urlaub gegen Weiterzahlung des Lohnes gewährt, in den Betriebsanstalten aber mindestens Sonntagsdienste aufrechtgehalten werden. Das Reichspostministerium hat deshalb verfügt, daß am 1. Mai der Post-, Telegraphen- und Fernsprekdienst wie an den allgemeinen Feiertagen zu regeln ist. Diese Verfügung entspricht der Notwendigkeit, für die Post- und Telegraphenverwaltung die Beamten einheitlich zu regeln. Ein geordneter Betrieb ist nicht aufrechtzuerhalten, wenn bei dem zahlreichen Personal der Post- und Telegraphenverwaltung Beurteilungen von Fall zu Fall erfolgen müssen.

Die Schiffsabgabe.

Auf die deutsche Note vom 14. April hat die Wiedergutmachungskommission eine Antwort erteilt. Es wird darin betont, daß von der deutschen Regierung noch nicht ein Fahrzeug abgeliefert sei, obwohl jetzt über drei Monate seit Inkrafttreten des Friedensvertrages verstrichen seien. Bevor nicht eine zufriedenstellende Menge Kontrabande tatsächlich abgeliefert worden sei, könne die Wiedergutmachungskommission irgendwelche weiteren Entwürfe nicht in Erwägung ziehen.

Die deutsche Regierung hat darauf erwidert, daß sie die Ablieferung der Schiffe nach den übernommenen Verpflichtungen bewirken wolle, daß das aber wegen der schwer lösbaren Frage der Bedienung und Besetzung der Schiffe sehr schwierig sei. Vor zwei Tagen sei der Dampfer „Wieselsch“ abgegangen, die Regierung hoffe, eine größere Anzahl Schiffe, die bereits seefertig seien, in den nächsten Tagen überführen zu können. Die Wiedergutmachungskommission könne daraus ersehen, daß es nicht an gutem Willen fehle, den Verpflichtungen des Friedensvertrages nachzukommen, daß aber das deutsche Volk mit Bestimmtheit erwartet, nicht durch Begegnung des letzten Schiffes wirtschaftlich völlig gerettet zu werden. Eine zweite Denkschrift soll in den nächsten Tagen der Wiedergutmachungskommission übermittelt werden.

Eutüftung am falschen Ort.

In dem Beitrage ihrer Donnerstag-Abendausgabe entstellte sich die „Augsburger Postzeitung“ darüber, daß der Magistrat von Berlin dem Kaiserlich-Königlichen Stadtkommandanten, Sammlung beigetreten ist, obwohl das eine Belastung von vielen Millionen bedeutet. Auch die Regierung bewilligt den Staatsarbeitern die Maßnahme, die nur durch schwere Opfer der Allgemeinheit zu ermöglichen sei.

Das reaktionäre Blatt entwirft sich natürlich nur dann, wenn durch die Durchführung von Arbeiterforderungen irgendwelche Kosten entstehen. Wegen der Verschwendung unzähliger Milliarden an die Reichswehr und an die Ueberreste der alten Armee, gegen die kostspielige Unterhaltung zahlloser „Küchlein“, gegen die Abfindung und Entschädigung Tausender Drohnen des alten Staates hat die „Augsburger Postzeitung“ natürlich nichts einzuwenden.

Verwechselt, verwechselt das Bäumelein.

Bei unseren liberalen Politikern geht es jetzt wie bei dem bekannten Kindespiel. Gekern früh meldete die „Vossische Zeitung“, daß einige frühere Fortschrittler aus der Demokratischen Partei austreten und sich der Deutschen Volkspartei anschließen wollten. Am Abend berichtete dasselbe Blatt, daß die Deutsche Volkspartei bereits eine Erklärung vorbereitet, um die Ausgetretenen bei sich willkommen zu heißen. Wie inzwischen aber ein Nachrichtenbureau mitteilt, finden jetzt Verhandlungen zwischen der Leitung der Demokratischen Partei und den Herren statt, die ausgetreten sind. Man hoffe eine Einigung herbeiführen zu können, um die sehr wertvollen Mitglieder der Partei zu erhalten.

Wir verstehen nicht, weshalb dieses Baumverwecheln noch gespielt wird. Schon im Januar 1919 hat Dr. Johannes Rathje in einer parteiunabhängigen Schrift an der Hand der Veröffentlichungen der Kuffure der Demokratischen Partei und der Deutschen Volkspartei festgestellt, daß zwischen ihnen in allen entscheidenden Fragen nicht die mindesten Unterschiede beständen. Inzwischen sind die geringen Differenzen noch mehr verschwunden und man muß geradezu Forschungen anstellen, um feststellen zu können, ob die Deutsche Volkspartei oder die Demokratische Partei reaktionärer in ihrer Politik ist. Um allen Ansprüchen aber zu genügen, will die Demokratische Partei die Unzufriedenheiten noch weitere Zugeständnisse machen und so wird hoffentlich bald der Tag erscheinen, an dem sich die von den führenden Demokraten schon längst herbeigesehnte Vereinigung mit den Volksparteilern vollziehen kann.

Militärische Willkürherrschaft.

Während des Kopp-Putschs hatten sich die in Rottbus liegenden Reichswachtruppen unter dem Befehl des Major Buchtucker der reaktionären Putschistenregierung vorbehaltlos zur Verfügung gestellt. Die Folge war, daß ein Teil der Reichswachtruppen, die mit den Kopp-Putschisten nichts zu tun haben wollten, sich gegen die meuternden Offiziere, vor allem gegen den Major Buchtucker, wandten. Die Führer der dortigen Truppen bewiesen ihre reaktionäre Gesinnung auf deutlichste. Sie gerieten, wie wir bereits früher mitteilen, unter dem Vorwand einer Waffendurchsuchung die Druckereimaschinen der Druckerei unserer in Rottbus erscheinenden Parteiblätter, des „Freien Volkswillens“. Bis heute ist übrigens unserer Partei genossen in Rottbus noch keine Entschädigung für die freudliche Beschädigung ihrer Druckerei und den angerichteten Schaden gezahlt worden. Es werden von einer Instanz gut anderen gejagt.

Diesem Reichswachtruppen aber, die sich den Kopp-Putschisten nicht anschließen wollten, wurden aufs Schwerste drangsaliert. So wurden die beiden Parteigenossen Hermannell und Heiderich vom Major Buchtucker in Haft genommen, weil sie in der Truppe dazu aufgefordert hatten, den meuternden Offizieren den Gehorsam zu verweigern. In Berlin unternahm man Bestrebungen bei der Reichsregierung wie im Reichsministerium blieben ohne jeden Erfolg. Das Wehrkommando III antwortete am 27. April, daß Hermannell und Heiderich „dringend verdächtigt“ sind, sich an Straftaten, gegen die Reichswachtruppen gerichteten Handlungen beteiligt zu haben. Daß es sich um Handlungen gegen die in der ersten Reichswachtruppen handelt, verweigert schamhaft den Bericht. Diese Tatsachen beweisen auch, daß der Reichswehrminister völlig schamlos die Interessen der Reichswehr gegenüber dem Reichspräsidenten verteidigt. Er kann sich aber nun nicht mehr der Unrechts bedienen, daß es sich um Vorgänge handelt, die es nicht wisse, und die er erst aus der Presse erfuhr. Die Beschwerden müssen durch die Regierung dem Reichswehrminister selbst angeleitet werden sein. Trotzdem verlassen die reaktionären Offiziere der Reichswachtruppe 8 wie des Reichswachtruppenkommandos III noch ihrem Verhalten mit den ihnen unannehmen Reichswachtruppen.

Gefängnis für Verfassungstreue.

Der Offizier-Beurlaubter Albrecht vom Stab der Reichswachtruppe 8 (†††) in Potsdam, hat den Regierungsschleichen Kommandanten über das Verhalten des vertriebenen Potsdamer Offiziers während des Kopp-Putschs übergeben. Daraufhin ist Albrecht von der Reichswehr-Brigade 8 verhaftet und in die Potsdamer Garnison-Kerkerhaft eingeliefert worden, wo er auch heute inhaftiert ist. In der gleichen Arrestanstalt befinden sich noch mehrere Angehörige des Reichswachtruppen-Regiments 8, die deshalb wegen „Meuterei“ angeklagt sind, weil sie während des Putschs ihren Posten verließen und die Kameraden zum Halten des Truppes aufgefordert haben. Beim Weiterregiment 4 in Potsdam befindet sich der Rittermeister Reimiger, der vor einiger Zeit 14 Angehörige seiner Schwadron wegen ihrer Zugehörigkeit zum Republikanischen Bunde ohne Verurteilung entlassen hat, immer noch in Dienst, obwohl der Reichspräsident seine Entlassung vom Reichswehrministerium gefordert hat. Dagegen liegen die gemächlichen Soldaten größtenteils ohne jede Unterstützung auf der Straße.

Es muß verlangt werden, daß die Arrestanstalten in Potsdam, Wandorf, Döberitz und Spandau schnellstens durch eine Zivilregierungskommission untersucht werden, denn es steht fest, daß in diesen Anstalten noch viele Reichswachtruppen-Angehörige festgehalten werden, die wegen Verfassungstreue unter Anklage der „Meuterei“ gestellt worden sind.

Große Waffenlager auf Rügen.

Neue Sammelplätze der Gegenrevolution.

Auf der Insel Rügen ist am Mittwoch ein großes Waffenlager ausgehoben worden. Etwa 1000 Karabiner, 120 Maschinengewehre, eine große Anzahl Artilleriegeschütze und anderes Kriegsmaterial wurden beschlagnahmt. Dem Führer des Landshup-Bundes konnte aus den Akten nachgewiesen werden, daß er Waffen und Bekleidungsmittel verschleiben wollte. Er wurde verhaftet, der Landshup wurde aufgelöst.

Nachdem die Zivilbehörden in Pommern jetzt energischer gegen die Landshupler und Großhändler vorgehen, um ihre gegenrevolutionären Pläne zu vereiteln, wird die Lust für die Verschwörer in Pommern etwas heißer. Große Teile der auf den Gütern untergebrachten Volkstruppen werden seit einigen Tagen abgehoben. Sie kommen nach dem Munsterlager, nach Wehsalen und nach Olyruppen. Wo sie zu neuen Formationen zusammengestellt werden, Pommern scheint nur als vorläufige Sammelstelle gebient zu haben. Inzwischen haben die Verschwörer geeignete Unterlunskorte ausgewählt gemacht; sie hoffen, von dort aus ihre Pläne ungehindert durchzuführen zu können.

Landwirtschaftsminister Braun über Ansetzungs-möglichkeiten für die Volkstümer.

Der Preussische Ministerpräsident und Landwirtschaftsminister Braun hat sich einem Mitarbeiter des „Centralen Landblattes“ gegenüber geäußert, daß er den Gedanken aufgenommen hat, den Volkstümern, die sich friedlich wirtschaftlich betätigen wollen, Kultivierungsarbeiten auf staatlichen Mooren und erwerblich gewordenen Truppenabzugsplätzen abzutragen und ihnen die Aussicht auf Ansetzung auf diesen von ihnen kultivierten Plätzen und auf den preussischen Staatsdomänen zu eröffnen. Er betonte, daß das ganze Unternehmen keinen militärischen Charakter tragen dürfe, auch dürften die Leute nicht, wie es bisher mit den Volkstümern in Pommern geschehen ist, unter Leitung ihrer Offiziere, zum Teil kommandiert durch neuen Militärschulen angeführt werden.

Aus der Hölle des Militarismus.

Der Fall Hiller-Heimhale vor dem Oberkriegsgericht.

Western fand vor dem Oberkriegsgericht der Abwidlungsstelle des früheren 8. Armeekorps die Verurteilung der Verurteilung gegen den verurteilten Soldatenschilder, den Oberleutnant der Reserve und Berichtsoffizier A. Hiller. Hiller wird vorgeworfen, als Kompanieführer im Jahre 1918 den Gardefüßler Heimhale in drei Fällen mißhandelt und durch Entziehung der Nahrung den Tod des Heimhale verschuldet zu haben. Wegen Mißhandlung Untergebener in zwei Fällen ist Hiller bereits im Januar dieses Jahres zu 7 Wochen Gefängnis verurteilt worden. Ein Strafmaß, das angesichts der furchtbaren Verbrechen selbst bei der realistischen Presse Mißbilligung erweckt. In den drei Fällen, in denen Oberleutnant Hiller die Verantwortung für den Tod dreier Untergebener tragen soll, erkannte das Kameradengericht in erster Instanz auf Freispruch.

Unter dem Druck der allgemeinen Empörung über die entsetzlichen Mißhandlungen sah sich die Regierung gezwungen, den Berichtsherrn zu verurteilen, Berufung einzulegen. Doch beschränkte der Berichtsherr seine Berufung auf den Fall Heimhale, so daß die Freisprechung wegen der Tötung der Gardefüßler Thomas und Müller rechtskräftig geworden ist.

Zu Beginn der heutigen Sitzung gab der Vorsitzende, Oberkriegsgerichtsrat Dr. Voeder, die bei den absterbenden Offizieren übliche Erklärung ab, daß das Oberkriegsgericht unbekümmert um jene Heftigkeit und Angriffe in der Presse, wie sie in der „Freiheit“, in der „Welt am Montag“ bedauerlicherweise aber auch im „Berliner Tageblatt“ geäußert hätten, sich bemühen würde, völlig objektiv (???) die Wahrheit zu ermitteln.

Nach der Verlesung des Urteils erster Instanz begann die Vernehmung des Angeklagten. Es handelt sich um die bekannten Vorgänge im Winterfeldzug 1918 in den Karpaten. Es herrschte strenge Kälte, auch war im Gebirge die Ernährung der Mannschaften sehr erschwert. Hiller hatte Heimhale wegen Unterschlagung eines Stück Käses mit drei Tagen schweren Arrest bestraft, die durch Anbinden an einen Baum vollstreckt wurden. Hierbei wurde Heimhale von Hiller geohrfeigt. Ein Tage später verweigerte Heimhale, der an einem Darmkatarrh litt, das Gewehrputzen, weil er sich krank fühlte. Er wurde hierfür abermals auf Befehl des Angeklagten bei großer Kälte angebanden. Vor Verurteilung begann Heimhale zu schreien. Darauf ließ ihn der Kommandant, Major von Kahler, in einen engen Unterstand werfen, der von den übrigen Mannschaften bereits als Kotloch benutzt worden war.

Hiller als Kompanieführer hat es Verbot unterlassen, den Heimhale auf Straf- und Haftfähigkeit untersuchen zu lassen. Dagegen gab er den Befehl, Heimhale während seiner Zeit nicht mehr zu essen zu lassen. Heimhale wurde bald so schwach, daß er nicht mehr gehen konnte, sondern zur Latrine geschleift werden mußte. Bei dieser Gelegenheit hat ihn der Angeklagte auf das rechte Bein beschimpft und mißhandelt. Hiller rief: „Das Müllvieh verstellst sich, man muß ihn in den Arsch treten.“ Und er legte die Rechte sogleich in die Tat um. Nach einer qualvollen Nacht ist Heimhale in dem Erdbloch gestorben.

Hiller bestreitet alle Mißhandlungen. Die Weisenaufnahme gestaltete sich für den Angeklagten aber sehr ungünstig. Die Zeugen sagten zum Teil bestimmter aus, als in der ersten Verhandlung, auch traten Zeugen auf, die in der ersten Verhandlung nicht zur Stelle waren. Die Zeugen befanden sich mit großer Sicherheit, die einzelnen Vorgänge, Befehle oder Beschimpfungen, die sie gesehen bzw. gehört haben. Wesentlich vor allem die Aussage des Jungen Doll, der bei aus der russischen Gefangenschaft zurückgekehrt ist und in erster Instanz noch nicht vernommen war. Doll, der als Offiziersbote im Unterstand des Angeklagten weilte, hat mit angeführt, wie der Angeklagte den Befehl gab, den Heimhale verhängen zu lassen. Uebereinstimmend bezeugten die Zeugen die Rohheit des Angeklagten, der seine Untergebenen mit ihren eigenen Seitengewehren, mit Schaufeln oder mit seinem Bergstock geschlagen oder mit Hühnern getreten hat.

Hiller mißbrauchte seine Kommandogewalt, um die Kompanie nachts unnötig zu alarmieren. Er verhängte willkürlich die härtesten Disziplinarstrafen. Dieser ehrenwerte Kompanieführer behielt aus den Liebesgaben die alkoholischen Getränke für sich und wütete in der Trunkenheit besonders heftig gegen die ihm ausgelieferten Soldaten. Ein Wankprokurist schilderte, wie ihm der Angeklagte bei einer Meldung mit einem Buch in das Gesicht geschlagen hat und wie durch dieses böse Beispiel die Sanitäts-Untersoffiziere verführt wurden, ihn gleichfalls zu schlagen und mit Hühnern zu treten. Die Angehörigen der 12. Kompanie sind von dem Angeklagten nicht wie Menschen, sondern wie eine Viehherde behandelt worden. Hiller hat ihm selbst zugeworfen: „Wach Wengels muß man mit Schlägen zusammenhalten, damit ihr nicht wie die Hammeln auseinanderläuft.“

Die Weisenaufnahme soll heute zu Ende geführt werden.

Aus der Wahlbewegung.

Von der unabhängigen Sozialdemokratie sind im Wahlkreis Magdeburg die Genossen Brandes, Dillmann und Albrecht an die Spitze gestellt worden.

Die rechtssozialistische Partei für Thüringen stellt an die Spitze ihrer Kandidatenliste, die 17 Namen enthält, die bisherigen Abgeordneten Reichhaus (Erfurt), Ruppel (Weimar) und Staatsrat Hofmann (Saalfeld).

Die Demokratische Partei Württembergs hat Konrad Haußmann als Kandidaten wieder aufgestellt. Im Wahlkreis Bremen-Oldenburg-Osnabrück-Ostfriesland sind von der Deutschen Demokratischen Partei als Reichstagskandidaten aufgestellt an erster Stelle Reichminister Koch, an zweiter Stelle Hofbesitzer Abgeordneter Wachholtz die Werte.

Deffnerich hat nun auch die Aufmerksamkeit auf ein Mandat erwidert. Er ist von den Demokratischen im Wahlkreis Heffen-Kassau an erster Stelle nominiert.

Der 1. Mai.

Die Ungarn ohne Kaiser. Die ungarische sozialdemokratische Partei hat sich entschieden, im Gegensatz zu den vorhergehenden Jahren, den 1. Mai in diesem Jahre weder durch Versammlungen, noch durch Kundgebungen zu feiern. Es wird am 1. Mai wie an gewöhnlichen Tagen gearbeitet werden.

Die Eisenner Straßenbahner erklärten sich mit 896 für und 538 Stimmen gegen Arbeitsruhe am 1. Mai. Nach einer Meldung des „Secolo“ aus Mailand wird das Verbot der Arbeitsruhe am 1. Mai nicht erlassen.

In Frankfurt a. M. hat der französische Delegationsrat in den Sitzungen am 1. Mai mit dem Einverständnis der 10 Millionen Reichsmark betragenden Aktienkapitals der Hoch-Automobilwerke in Charlottenburg erworben. Damit ist die Reihe der Stinneschen Ausbeutungen, die diesen Industriellen aus Gebieten geführt, welche zu seinen ursprünglichen Tätigkeitskreis, der Montanindustrie, in keiner oder doch nur sehr loser Beziehung stehen, um eine weitere vermehrt. Der Stinnes-Konzern erwarb Ende des vergangenen Jahres die Aktienmehrheiten der Norddeutschen Zellulosefabrik und der Königsberger Zellulosefabrik, ferner am Anfang 1920 die große Berliner Lohndruckerei W. Bagenstein und auf dem Umwege über die ihm nahegelegene Hamburger Verkehrs-Akt.-Ges. das Berliner Esplanadehotel. Es sind Verträge von vielen zehn Millionen Reichsmark, die bei diesen Erwerbungen investiert werden mußten. Wie sagte doch der Reichsfinanzminister Bixth in seiner Nationalversammlungsvorrede vom 26. April 1920? „Die Wirkung der Kriegs- und Vermögensbesteuerung nach der sozialen Seite wird sein: Die von jedem Sozialpolitiker beklagte Tendenz zu rascher Akkumulation der großen Kapitalien wird wesentlich verringert.“ Bei Herrn Stinnes und manchen anderen Groß-

Gute Konjunktur für das Großkapital.

Das „Berliner Tageblatt“ berichtet in dem Handelsteil seiner Mittwoch-Abendausgabe:

Der Konzern Hugo Stinnes hat, wie wir erfahren, die Mehrheit des 10 Millionen Reichsmark betragenden Aktienkapitals der Hoch-Automobilwerke in Charlottenburg erworben. Damit ist die Reihe der Stinneschen Ausbeutungen, die diesen Industriellen aus Gebieten geführt, welche zu seinen ursprünglichen Tätigkeitskreis, der Montanindustrie, in keiner oder doch nur sehr loser Beziehung stehen, um eine weitere vermehrt. Der Stinnes-Konzern erwarb Ende des vergangenen Jahres die Aktienmehrheiten der Norddeutschen Zellulosefabrik und der Königsberger Zellulosefabrik, ferner am Anfang 1920 die große Berliner Lohndruckerei W. Bagenstein und auf dem Umwege über die ihm nahegelegene Hamburger Verkehrs-Akt.-Ges. das Berliner Esplanadehotel. Es sind Verträge von vielen zehn Millionen Reichsmark, die bei diesen Erwerbungen investiert werden mußten. Wie sagte doch der Reichsfinanzminister Bixth in seiner Nationalversammlungsvorrede vom 26. April 1920? „Die Wirkung der Kriegs- und Vermögensbesteuerung nach der sozialen Seite wird sein: Die von jedem Sozialpolitiker beklagte Tendenz zu rascher Akkumulation der großen Kapitalien wird wesentlich verringert.“ Bei Herrn Stinnes und manchen anderen Groß-

Sozialistische Proletarier-Jugend

Bezirk Groß-Berlin.

Zwei wichtige Massen-Versammlungen

in der Stadthalle, Klosterstraße, am Freitag, den 30. April, 7 Uhr

„Die Bedeutung der sozialistischen Jugendbewegung“

Referenten: Jugend und Politik: Paul Wegmann. Jugend und Kultur: Richard Wegener. Jugend und wirtschaftliche Interessenvertretung: Reizner. Jugendliche Arbeiter und Arbeiterinnen, Arbeiter, Eltern, erscheint in Massen!

Am 2. Mai in Sadowa

gemeinsam mit der freien sozialistischen Jugend

Maidemonstration.

Es ist Pflicht aller Jugendgenossen zu erscheinen.

kapitalisten ist von einer solchen Verringerung der Akkumulationstendenz allerdings noch nichts zu spüren. Ihnen scheint die Revolutionskonjunktur noch besser zu bekommen als die Kriegskonjunktur — trotz der hohen Steuern und der gemeinschaftlichen Regelungen durch Selbstverwaltungskörper.“

So schreibt ein kapitalistisches Blatt. Während das Unternehmertum fast nicht mehr weiß, wohin es mit den Plebejern hin soll, verächtelt sich die Lage der Arbeiter und Angestellten durch die noch unausgelebt steigende Warenentwertung immer weiter.

Bemerkenswert ist übrigens, was der Direktor Girsch in der Generalversammlung der Girsch Kupfer- und Messingwerke Akt.-Ges. in Berlin, die 12 Prozent Dividende verteilt, berichtete: Die Arbeitslust habe sich von Monat zu Monat und, abgesehen von der kurzen Arbeitsunterbrechung, die ohne Schuld der Arbeiter eintrat, werde weiter mit Lust und Liebe gearbeitet. Wenn keine weiteren Unterbrechungen durch Streiks eintreten, glaube die Verwaltung wieder einem befriedigenden Ergebnis entgegenzusehen zu können. Hier wird also von kapitalistischer Seite bestätigt, daß die Arbeiter trotz der schlechten Entlohnung, trotz Unterernährung und sonstigem wirtschaftlichen Elend für die Steigerung der Produktion ihre harte Arbeit sorgen. Und dafür sollen sie sich politisch entrichten und von den Profiteuren des Kapitals als faul beschimpfen lassen!

Bankkonzentration.

Die Commerz- und Diskontobank zahlt statt 7 Prozent diesmal 9 Prozent Dividende. Der Reingewinn ist von 8 777 893 auf 10 040 707 Reichsmark gestiegen, also fast verdoppelt. Die Bank vereinigt sich mit der Mitteldeutschen Privatbank und führt fortan den Namen: Commerz- und Diskontobank. Sie erhöht ihr Aktienkapital von 85 Millionen auf 100 Millionen Reichsmark.

Dieser Konzentrationstendenz innerhalb der Großfinanz schließt immer gewaltigere Organisationen, deren Einfluß auf die Entwicklung von Handel und Industrie sich unabsehbar steigert.

Mit der fortschreitenden Anspannung aller Betriebskapitalien und der notwendigen Inanspruchnahme von großen Krediten wird die Abhängigkeit der großen Unternehmen von den Bankanten ständig größer. Für die Verfestigung der Wirtschaft wird dieser Prozeß der Vereinheitlichung im Bankwesen von Vorteil sein, denn er verringert die technischen Schwierigkeiten einer Uebernahme in Gemeinbesitz.

Eindringen französischen Kapitals im Saargebiet.

Berlin, 20. April.

Der Aufsichtsrat der Mannesmann-Werke, Düsseldorf, genehmigt in der heutigen Sitzung ein zwischen der Verwaltung und einer französischen Gruppe vorgesehener Abkommen, wonach die der Gesellschaft gehörenden, im Saargebiet liegenden Werke Saarbrücken und Bouy von der Muttergesellschaft abgetrennt und als eigene Gesellschaft weitergeführt werden sollen. An dieser neuen Gesellschaft wird die französische Gruppe mit 60 Prozent beteiligt sein. Für ihren Anteil an den Werken zahlt die französische Gruppe an die Mannesmann-Werke Düsseldorf den Betrag von 80 Millionen Franken. Ausgenommen sind die Werke, die besonders bewertet werden.

Es ist nicht ohne Interesse, daran zu erinnern, daß gerade die Firma Mannesmann seiner Zeit in der Marokkofrise durch ihren Druck auf die deutsche Regierung viel zur Verteidigung zwischen Deutschland und Frankreich beigetragen hat. Das hindert die Firma nicht, so schnell wie möglich wieder Geschäfte mit Frankreich zu machen. Ein klassischer Beitrag zum Kapital: Politik und Geschäft.

Zusammenschluß der Mieterverbände.

In Rumburg wurde am Mittwoch der 18. zum 1. Mai dauernde Deutsche Mietertag eröffnet. Vertreten waren 89 deutsche Orte mit 129 Stimmen, die insgesamt 190 000 Mitglieder vertreten. Als Vertreter der Regierung war vom Reichswohlfahrtsministerium Geheimrat Nübler zu der Tagung entsandt worden. Der Hauptzweck der Tagung ist der Zusammenschluß der beiden großen Mieterverbände Allgemeiner Mieterverband Deutschland (Sig. Verbin.) und Bund deutscher Mietervereine in Dresden. Dieser Zusammenschluß wurde einstimmig beschlossen. Nach dem Begrüßungsabend am Dienstag begannen heute die Verhandlungen. Der Vorsitzende des Allgemeinen Mieterverbandes, Karl Rodtuhl (Berlin-Pankow) eröffnete die Tagung mit einer Ansprache, in der er die Verschmelzung der beiden Verbände als dringend notwendig bezeichnete, da solche geeinte Front die Stärke der deutschen Mieterschaft gegenüber der Gesetzgebung und Hausbesitzerschaft bilden werde. G. Wallwich (Nies) sprach über die Notwendigkeit des Zusammenschlusses der beiden Verbände und forderte u. a. die Sozialisierung des Grund und Bodens. Der Bund verpflichtete sich zur Errichtung einer Geschäftsstelle in Berlin, zur Vorlegung eines Satzungsentwurfes der auf die Einigung Rücksicht nimmt, auf dem nächsten Bundeskongress und Aufnahme nur einer Mieterorganisation an ein und demselben Orte. Die Bundesversammlung soll baldigst einberufen werden.

Die Unterstützungsfaktion für die Opfer der letzten Kämpfe.

Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund, die Afa und der Verband der Deutschen Gewerksvereine (D. D.) veröffentlichen einen Aufruf, in dem sie die deutschen Arbeiter, Angestellten und Beamten zur Selbstsammlung zur Unterstützung der Opfer aus den durch den Putz der Kopp-Witkowitz verursachten Kämpfen auffordern. In dem Aufruf heißt es:

„Die Arbeitermarxistische Deutschlands darf diese Opfer und ihre Familien nicht zugrunde geben lassen, darf sie nicht sich selbst überlassen, kann auch nicht darauf warten, bis Reich und Staat die Unterstützung geregelt haben. Reich und Staat haben die Verpflichtung, die Unterstützung baldigst zu regeln, wie es ja auch in den Vereinbarungen über die Beendigung des Kampfes im Industriegebiet mit Zustimmung des Herrn Reichsminister in Düsseldorf niedergelegt wurde. Entsprechende Anträge sind an die Reichsregierung gestellt. Diese Aktion der Organisationen kann aus erheblichen Schäden verständlich nur als Ergänzung der vom Reich zu treffenden Regelung zu betrachten sein und dazu dienen, die erste Not zu lindern. Sämliche Hilfe ist doppelte Hilfe.“

Die Arbeitermarxistische des Industriegebietes hat in Erkenntnis der ungeheuren Summen gebraucht werden, die Pflicht übernommen, einen Tagesdienst an die Sammelstellen abzuführen. Dieses Beispiel von Opfermütigkeit wird allen anderen Bezirken Deutschlands zur Nachahmung dringend empfohlen. Die Sammlungen sind von den gewerkschaftlichen Organisationen in die Hand zu nehmen, in allen Orten schnellstens Ausschüsse, bestehend aus den unterzeichneten Organisationen, einzusetzen, und diesen ist die Sammlung der Gelder zu übertragen. In denjenigen Orten, wo Tote und Verwundete zu bezeichnen sind, haben diese Ausschüsse auch die Unterstützungsfälle zu prüfen. In den Kampfbezirken Berlin, Söfchen, Thüringen und dem Industriegebiet sind Bezirksausschüsse einzusetzen, welche die Durchführung der Unterhaltungen nach einheitlichen Richtlinien zu übernehmen und zu überwachen haben. Alle gesammelten Gelder sind an die Zentralstelle abzuführen (Kassier: Quitt, Berlin SO 18, Angelfufer 15, 4 Tr., Postfachkonto Berlin NW, Nr. 81 551). Von hier aus werden die Über im Einverständnis mit den Bezirksausschüssen an die bedürftigen Orte überwiesen.

Die Zentralausschüsse in den Unterstützungsbereichen haben sofort Feststellungen über die Zahl der Opfer an Toten und Verwundeten und deren unterstützungsbedürftige Familien zu machen und an die Zentralstelle darüber zu berichten.“

In Berlin sind die in dem Aufruf erwähnten britischen Maßnahmen bereits getroffen worden.

Betriebsrätemahlen bei Krupp. Die Betriebsrätemahlen in den Kruppischen Werken in Essen hat der Liste der freien Gewerkschaften einen namhaften Erfolg gebracht. Sie stehen mit 19 650 Stimmen weit voran, mit 10 404 Stimmen folgen die Christen, während die Girsch-Dunderische Liste nur 1124 Stimmen erhielt. Ein unzufriedener Deutscher Arbeiterbund erhielt sogar mehr als die Girsch, nämlich 1749 Stimmen. Die Polen erhielten 445 Stimmen. Der weite Vorprung der freien Gewerkschaften ist besonders bemerkenswert, weil die Werke von Krupp stets zu den Hauptstützen der Gelben gehörten.

Austritt aus der Sozialisationskommission. Professor Dr. Ernst Franke, der selbstverwundete Vorsitzende der alten Sozialisationskommission, hat seinen Austritt aus der neuen Sozialisationskommission erklärt.

Der neue Kommandeur der Reichswehrbrigade VIII. RH der Führung der VIII. Reichswehrbrigade, die früher den Grenzschutz in Oberschlesien ausübte, ist Generalmajor Doerfer bestrahlt worden.

Zweikommissioner für Groß-Hamburg. Durch Erlass des Reichsministers des Innern vom 24. April ist der Hamburger Polizeiherr, Senator Henke, jetzt eidgültig zum alten Reichskommissioner für das Gesamtgebiet von Groß-Hamburg ernannt worden.

Demission des spanischen Kabinetts. Der Ministerpräsident lehnte dem König aus, daß das Ministerium seine Aufgabe als erfüllt betrachte und deshalb zurücktrete. Der König nahm die Demission an und ernannte das Ministerium, bis zur Neubildung der Geschäfte weiterzuführen. Die Demission des Kabinetts wird am Abend im Parlament bekanntgegeben werden.

Streikende in Lothringen. Der Generalkonflikt in Lothringen ist nun beendet. Die Eisenbahner beschlossen, am Mittwoch morgen die Arbeit wieder aufzunehmen. Die Postangestellten sind schon am Dienstag abend in die Arbeit getreten. Die Reaktionen von Metz, die mit Ausnahme des „Gorain“ und „Kosin“ während des Streiks nicht herausgegeben werden konnten, erschienen wieder. Auch aus dem Industriegebiet wird volle Wiederaufnahme der Arbeit gemeldet.

Aus aller Welt.

Bergwerkslid in Switkau.

Switkau L. Sa., 20. April.

Auf Wilhelmshöhe 2 sind seit gestern nachmittags neun Mann der Belegschaft durch Sturzabsturz eingeschlossen. Man glaubt, daß sie erlitten sind. Die Rettungsarbeiten werden fortgesetzt. Die 1000 Mann starke Belegschaft ist vorläufig nicht eingeschlossen.

Theater und Vergnügungen.

Volksbühne Theater am Ballhofweg 7 Uhr, 7 1/2 Uhr, 9 Uhr und 10 1/2 Uhr.

Neues Volkstheater 11 Uhr: Das Paradies. 12 Uhr: Das Paradies.

Städtisches Theater Opernhaus: Aulic Abonnement: Tristan und Isolde am 5. Uhr.

Schauspielhaus: Aufführung: Alkestis. 7 Uhr: Faust I.

Kammertheater: 7 1/2 Uhr: Stella. Großes Schauspielhaus.

Carl Weinberg - Ged. Szenen: Theater 1. d. Königsgrüner Straße.

7 1/2 Uhr: Die große Katharina. 7 1/2 Uhr: Die große Katharina.

Mit dem Feuer spielen. Romdienthaus.

15 Uhr: Der Herr Minister. 15 Uhr: Der Herr Minister.

15 Uhr: Der letzte Walzer. 15 Uhr: Der letzte Walzer.

15 Uhr: Der letzte Walzer. 15 Uhr: Der letzte Walzer.

15 Uhr: Der letzte Walzer. 15 Uhr: Der letzte Walzer.

15 Uhr: Der letzte Walzer. 15 Uhr: Der letzte Walzer.

15 Uhr: Der letzte Walzer. 15 Uhr: Der letzte Walzer.

15 Uhr: Der letzte Walzer. 15 Uhr: Der letzte Walzer.

15 Uhr: Der letzte Walzer. 15 Uhr: Der letzte Walzer.

15 Uhr: Der letzte Walzer. 15 Uhr: Der letzte Walzer.

15 Uhr: Der letzte Walzer. 15 Uhr: Der letzte Walzer.

15 Uhr: Der letzte Walzer. 15 Uhr: Der letzte Walzer.

15 Uhr: Der letzte Walzer. 15 Uhr: Der letzte Walzer.

15 Uhr: Der letzte Walzer. 15 Uhr: Der letzte Walzer.

15 Uhr: Der letzte Walzer. 15 Uhr: Der letzte Walzer.

15 Uhr: Der letzte Walzer. 15 Uhr: Der letzte Walzer.



Kammerspiele am Potsdamer Platz

Der Weg der Grete Lehmann Schauspiel in 4 Akten mit Lotte Neumann

Der Mann mit dem Affenkopf B. B. Schwank mit Konrad Dreher

Mozartseal am Nollendorplatz 2. Woche! Das einsame Wrack

Indische Rache 5 abenteuerliche Akte von R. Liebmann u. Georg Jacoby

Die drei Tänze der Mary Wilsford Ein Abenteuerfilm in 6 Akten mit Erika Gössner / Ludwig Hartau

Die Tänzerin Barberina nach dem gleichnamigen Roman von Adoff Paul

Kameraden nach August Strindberg Für den Film bearbeitet von Adoff Paul

Gefesselte Menschen Drama in 6 Akten Hauptdarsteller: Dorsch / Konstantin / Grüning

Patience Schauspiel in 6 Akten In den Hauptrollen: Irmgard Bern / Adoff Sandrock

Kohlhiesels Töchter Lustspiel mit Senno Porten / Ernst Jannings

UFA Lichtspiele TarentienPalas

Die Tänzerin Barberina nach dem gleichnamigen Roman

Adolf Paul für den Film in 7 Abteilungen von Veria verberbeit

Lyda Salmonowa Wochentags 7 und 8 Uhr, Sonntags 4 Uhr

Otto Dinkat's (vormals Ruhrmann) Sportrestaurant u. Gesellschaftsgarten

Großes Maienfest im Saal und im herrlichen Naturgarten

Erstklassige Ballmusik ausgeführt von der beliebten 10 Mann starken Hauskapelle

Musik! Stimmung! Tanzlieder: Der schöne Wille!

Kaffeeküche von 2 Uhr ab geöffnet! Vergnügungspark

Eintritt im Garten frei!

Große Ringkampfkonkurrenz in der Schau-Bühne Landsberger Allee 1077, direkt am Ringbahnhof.

9. Distrikt U. S. P. D. 9. Distrikt Die Genossen treffen sich am 1. Mai nach der Versammlung zur gemeinsamen Märschfeier

Säle frei! Für Versammlungen, Vereine usw. Residenz-Festsäle, Landberger Straße 31

MÖBEL gegen Bar und Teilzahlung in großer Auswahl zu billigsten Preisen.

Spezial-Arzt f. Geschlechts-, Haut-, Harn-, Frauenleiden; spez. vererbte, hartnäckige Hautleiden, nerv. Schwäche, Salvarsan-Kuren.

Spezialbehandlung für Haut- und Geschlechtsleiden, Invalidenstr. 147

Spezial-Arzt für Geschlechts-, Haut-, Harn-, Frauenleiden, speziell vererbte hartnäckige Hautleiden.

Spezialbehandlung für Haut- und Geschlechtsleiden, Invalidenstr. 147

Spezial-Arzt für Geschlechts-, Haut-, Harn-, Frauenleiden, speziell vererbte hartnäckige Hautleiden.

Spezialbehandlung für Haut- und Geschlechtsleiden, Invalidenstr. 147

Spezial-Arzt für Geschlechts-, Haut-, Harn-, Frauenleiden, speziell vererbte hartnäckige Hautleiden.

Spezialbehandlung für Haut- und Geschlechtsleiden, Invalidenstr. 147

Spezial-Arzt für Geschlechts-, Haut-, Harn-, Frauenleiden, speziell vererbte hartnäckige Hautleiden.

Spezialbehandlung für Haut- und Geschlechtsleiden, Invalidenstr. 147

Spezial-Arzt für Geschlechts-, Haut-, Harn-, Frauenleiden, speziell vererbte hartnäckige Hautleiden.

Spezialbehandlung für Haut- und Geschlechtsleiden, Invalidenstr. 147

Spezial-Arzt für Geschlechts-, Haut-, Harn-, Frauenleiden, speziell vererbte hartnäckige Hautleiden.

Spezialbehandlung für Haut- und Geschlechtsleiden, Invalidenstr. 147

Spezial-Arzt für Geschlechts-, Haut-, Harn-, Frauenleiden, speziell vererbte hartnäckige Hautleiden.

Spezialbehandlung für Haut- und Geschlechtsleiden, Invalidenstr. 147

Spezial-Arzt für Geschlechts-, Haut-, Harn-, Frauenleiden, speziell vererbte hartnäckige Hautleiden.

Auf Kredit Möbel Wohnungsrichtungen sowie einzeln Möbelstücke zu billigsten Preisen.

Meine Flechte für deren Verheilung mit dem Kurlor ist ein neues Mittel

Rosshaare bis 10-30 Mk. per Kilo Schafwolle alte und neue Lumpen

Armeepistolen und Jagdwaffen kaufen zu hohen Preisen

Kupfer Messing Zinn Sämtl. Metalle

Quecksilber Platin Gold-, Silber-, Abfälle

Zahngewerbe kauft zu riesig hohen Preisen

Metall-Zentrale 1. Brennenstr. 11 am Rosenhalden Platz

2. Fennstraße 43 am Weidplatz

3. Beusselstr. 29 nahe der Turmstraße

4. Bahnhofstr. 2 Ecke Schöneberger Str.

5. Heukölln Kais.-Priv.-Str. 229

6. Weidenweg 72 am Galtplatz

Elektromotoren Gleichstrom u. Drehstrom

Kupfer 10.- Messing 6.- Rotguß 7.- Blei 3.-

Aluminium 10.- Nickel 18.- sowie Zinn u. Quecksilber

1 Oderberger Str. 1 Ecke Schönhauser Allee.

u. Bernauer Str. 98. zwischen Ackert- u. Brennenstr.

Kauf höchstzahlend Kabel, Litzen, Motore

Leitungsdrähte, Schreibmaschinen, sowie alle

Installationen elektr. Elektr. Werkz. u. Vert. Die

Deutscher Metallarbeiter-Verband Verwaltungsstelle Berlin. Todesanzeige. Den Kollegen und Kolleginnen zur Nachricht, daß

Edward Schmidt Trauerhof, Friedrich-Franz-Straße 25, am 26. 4. Mts. Die

Karl Grothe Tognstraße 74, am 27. 4. Mts. Die Beerdigung findet

Gustav Kalisch Markgrafstr. 15, am 7. d. Mts. Die Beerdigung findet

Erna Paprot Grünau, Knechteler Straße 76, am 27. d. Mts. Die

Deutscher Transportarbeiter-Verband Bezirksverwaltung Groß-Berlin

Rudolf Warnke von der Firma Gr. B. Straßenbahn, Bahnhof 11, am 26. d.

Willy Proul sagen wir Ihnen unser herzlichsten Dank

Kupfer 12.- Messing 6.- Metallkontor

Almetalle, Eisen, Zeitungspapier über höchsten Tagespreis

Elektro-Installations-Materialien Leitungsdrähte, Litzen, Kabeln

Metallkaufsstelle Osten Androssstr. 33, - vis-a-vis der Markthalle -

Verrückt sind alle Preise nach unten, trotzdem zähle ich für

Metallkaufsstelle aufstelle Kauf die höchsten Tagespreise

Die Wahrheit über das Ruhrgebiet.

Preussische Landesversammlung.

Sitzung vom 29. April 1920.

Das Plenum nahm ohne Erörterung den Beschlusstext über Teuerungszulagen zu den Gehältern der Rotoren, Rechtsanwälte, Gerichtsvollzieher, zu den Gerichtskosten und zu den Sachgebühren der Schiedsmänner in zweiter und dritter Beratung an.

Beamtenbesoldungsvorlage.

Hierauf brachte Finanzminister Lüdemann die Besoldungsvorlage ein. Er führte aus: Schon vor dem Kriege war die Besoldung der Beamten von der Entwicklung der Lebensverhältnisse überholt. Das Verhältnis wurde während des Krieges geradezu schreiend. Der Staat hat ein Interesse daran, daß seine Beamten in der Lage sind, ihre volle Kraft dem Staate zu widmen. Es war eine gewaltige Arbeit zu bewältigen, um das Werk der Reorganisation zu vollenden. Die Anschauung darüber, wie die Beamten zu besolden seien, hat sich sehr gewandelt. Deshalb sind die früheren 53 Besoldungsklassen in 13 zusammengelegt worden. Die Unterschiede zwischen unterer, mittlerer und höherer Besoldung sind beseitigt und überall Übergänge geschaffen. Ebenso sind die gewaltigen Spannungen zwischen den Gehältern der unteren und oberen Beamten in weitem Umfange ausgeglichen worden. Die Besoldungsverhältnisse der Lehrer, Pfarrer und Alterspensionäre sind gleichzeitig neu geregelt worden. Es werden im ganzen 6 Gehaltsstufen vorgeschlagen.

Die gesamte finanzielle Belastung des Staates ist durch die Neuordnung eine beträchtliche. Korrigiert muß für die erforderliche Bedienung

gesorgt werden, damit die Aufbesserungen nicht auf dem Papier bleiben. Es sind erforderlich: für die Beamten 1900 Millionen; für die Lehrer 2000 Millionen und für die Pfarrer 200 Millionen. Wir haben uns vorgenommen, in Zukunft dreiviertel der Lehrerbesoldungen zu übernehmen. Unter Ausschaltung der bereits anderweitig veranschlagten Deduktionen bleiben etwa 1500 Millionen ungedeckt. Wir werden durch Übernahme der Bahnen auf das Reich Ersparnisse und Einnahmen erzielen, wodurch der Etat entlastet wird. Den verbleibenden ungedeckten Rest wollen wir durch Grunderwerbsteuer bzw. durch Zuschläge dazu teilweise ausgleichen. Es steht ferner aus der Umsatzsteuer eine erhöhte Einnahme zu erwarten. Vielleicht bringt auch die Einkommensteuer einen nennenswerten Mehrertrag. Alles in allem wird schließlich ein Rest von 400 Millionen ungedeckt bleiben, für die heute noch kein Voranschlag gemacht werden kann.

Wir haben allerdings noch weitere Belastungen durch höhere Anforderungen der Wohnverhältnisse usw. zu erwarten.

Die Finanzlage ist durchaus keine rosige.

Ich bitte, alles zu tun, um die Vorlagen schnellstens zu verabschieden.

Die Vorlagen wurden unter Verzicht auf die erste Beratung sofort dem Besoldungsausschuß bzw. Hauptausschuß überwiesen. Dann wurde in der vorgeschriebenen öffentlichen Debatte über unsern Antrag, die Einwohner- und Sicherheitswehren betreffend, fortgefahren.

Abg. Steinbrink (Soz.): Wir haben von jeher den Standpunkt vertreten, daß Völkerverwehrendes innerlich ist, und auch die Reinigungsbereitschaften innerhalb unseres Volkes nicht mit Waffengewalt aufzubrechen werden sollen. Es war der Abgeordnete Lawrenz von der Deutschnationalen Partei, der spartanische Methoden in politischen Versammlungen anwendete. Wir haben in Düsseldorf vom Militär während des Rapp-Rußens Dinge erlebt, die aller Beschreibung spotten. Sogar den Leiter der Reichswehr v. Kautzsch haben sich alle Parteien, einschließlich der Deutschnationalen, in einer schriftlich unterzeichneten Erklärung ausgesprochen. Die Regierung sprach seine Entlassung aus, er aber lehnte sich nicht daran. Erst vor der Einheitsfront der Arbeiter mußte er mit seinen Truppen weichen. Daß im Ruhrrevier mindestens 2000 Menschen, meist Arbeiter, jeden ihr Leben lassen müssen, ist einzig und allein

auf das provozierende Treiben des Militärs zurückzuführen. Der Abwehrkampf der Arbeiter ist vollkommen berechtigt. Und wenn es zwischen Wehr und Strafe zu einem Vergleich kommen

sondergleichen gekommen ist, so nur, weil das Militär verhindern wollte, daß die Leute ruhig abgehen konnten. Daraufhin erfolgte die verlorene Auflösung der Front und das führte zu den unheilbaren Zuständen. Überall haben sich die Organisationen die größte Mühe gegeben, das Vielesfelder Abkommen einzuhalten. Jetzt werden diese selben Leute zu hunderten, ja zu tausenden gefangen genommen und verfolgt. Die Urteile, die über diejenigen gefällt werden, die nichts anderes getan haben, als das Abkommen durchzuführen zu helfen, spotten jeder Befehlshaber. Noch täglich werden ohne regelrechtes Verfahren Todesurteile gefällt und vollzogen.

Minister Severing: Ich freue mich, daß der Redner an die Spitze seiner Ausführungen die Worte des Kampfliedes stellte: Nicht mit dem Ritzzeug der Barbaren, mit Schwert und Speiß nicht kämpfen wir. Das sollte Gemeingut aller politischen Parteien werden. Aber das hat wohl noch gute Weile.

Zu Beginn des Rapp-Rußens erörterte ich die Frage, Truppen, die nicht mit Rapp fraternisierten, nach Berlin zur Rückerschlagung des Putzsch zu senden. Es stellte sich aber heraus,

daß keine Truppen dazu bereit waren.

(Hört, hört!) Kein General war da, eine solche Aktion zu leiten. (Erneute Lärme.) Es ist nicht richtig, daß die in Evidenz erfolgte Bestimmung von Waffen und Munition zur Ausübung des Kampfes bestimmt waren. Keinerlei aber, wo sich unerschwinglich Waffen in Händen von Privatpersonen befinden, werden sie rücksichtslos beschlagnahmt werden.

Ich habe mit Absicht im Ruhrrevier gemeldet, solange es irgend ging, weil ich wußte, daß Reichswehr, dort wo sich Arbeiter und Soldaten in einem Kampf ineinander verflochten haben, nicht eintritt, um Ruhe und Ordnung zu schaffen. Ich wußte, daß es einen Kampf bis auf Messer in des Wortes wörtlichster Bedeutung geben würde. (Große Lärme rechts.) Und diesem Grunde habe ich erst alle politischen Mittel erschöpft, bis ich zur ultima ratio griff.

Die Erschießungen im Ruhrrevier sind reine Willkürakte.

Das Vielesfelder Abkommen war ein Versuch, die Kämpfenden auseinander zu bringen. Leider stellte sich heraus, daß keiner der Kontrahenten die Waffen fest in der Hand hatte. Das Abkommen wurde von Mülheim und Weseler Arbeitertruppen sabotiert.

Die Herren Graf und Genossen fragen an, weshalb die Regierung einseitige Schritte zur Auflösung der Einwohnerwehren getan haben. Wir haben mit allen deutschen Männern den beständigen Wunsch, daß das deutsche Volk vor den dauernden Hissen des Feindbundes verschont bleibe. Wir haben sichere Beweise, daß eine dauernde Besetzung des Ruhrgebiets in Aussicht stand, wenn wir nicht sofort Schritte zur Auflösung taten. Das war aber nicht der einzige Grund. Diese Organisation der Einwohnerwehren, das hatte sich deutlich gezeigt, stellen nicht den Schutz dar, als den sie gelten wollten. Sie hatten Waffenarsenale und bildeten Reservierungsgebiete für die Partisanen. Die Arbeiterpartei hat sich die Waffen geholt. In einigen Provinzen sind die Einwohnerwehren ihrer Aufgabe entrückt geworden. Nicht aber in Pommern, in Oberschlesien, nicht in Ostpreußen.

Die preussischen Landräte als ungeschuldige Mitläufer zu bezeichnen, wie es Herr Graf hat, geht nicht an. Sie wissen ganz genau, was sie taten. Wenn sie einlassen werden, erhalten sie die gerechte Strafe. Die Reinigung wird von Provinz zu Provinz fortgesetzt werden, bis überall ein demokratisch-republikanischer Beamtenapparat vorhanden ist. (Lebte Beifall.)

Was die Anträge Kroll Hoffmann betrifft, ist Punkt eins schon im Gange. Die Waffen von den Gemeinden einzusammeln, geht nicht an. Ordnen wir zu errichten, besteht zur Zeit keine Möglichkeit. Dazu ist Verständigung mit der Entente nötig. Ein Antrag muß geschaffen werden,

vielleicht in Form von Arbeiterwehren

ohne Bewaffnung einer Partei. Die Sicherheitspolizei soll ihres militärischen Charakters entkleidet werden. Wir werden darauf halten, daß sie streng diszipliniert bleibt und streng zuverlässig bleibt. Da darf man sich nicht einseitig binden. Wir müssen die Mannschaften heranziehen, wo wir sie finden. Versetzen wir nicht, daß auf Gefahr von links drückt. Einem zweifelhaften Druck ist die Regierung nicht gemacht. Ich rufe

alle einschlägigen Elemente auf, mit uns ein paar Monate im Ruhrgebiet zu leben. Nicht im Sinne wie es während des Krieges propagiert wurde, denn so etwas ist unmöglich, nein, ich meine so, daß wir das Ritzzeug der Barbaren beiseite lassen. Das wird uns ein gutes Stück vorwärts bringen.

Ich komme noch einmal auf das Jögern im Vorgehen gegen die rote Armee zurück. Es kam für uns darauf an, die besten Elemente der Arbeiterpartei von den Teilen zu trennen, die es auf Raub, Plünderung und Sabotage angehen lassen, denn es sieht sehr gut aus, nur noch einmal im Kampf zu handeln. Das Militär war auch gar nicht früher moralisch bereit. Wenn wir noch weiter gezögert hätten, wäre durch Sabotage das gesamte Industriegebiet für lange Jahre schwer geschädigt worden. Wir sind den Truppen für ihr opferbereites Eintreten zu Dank verpflichtet. Die Opfer werden voll entschädigt werden. (Zurufe: Und die Arbeiter!) Da kann ich mich nicht so unbedingt festlegen. Soweit sie tatsächlich im Kampf für die Republik zu Schaden gekommen sind, werden sie zu entschädigen sein. Wir haben die Absicht, rücksichtslos nach Waffen zu suchen, um sie den unberechtigten Inhabern abzunehmen und wir bitten alle Parteien, uns darin tatkräftig zu unterstützen.

Abg. Stiller (D.): Wir bedauern, daß die Verbrecher, die im besetzten Gebiet entkommen sind, als politische Verbrecher behandelt werden sollen. Auch die großen Lumpen und Verführer sind entkommen, während man, wie immer, die kleinen Sünder hängt. Die Reichswehr ist zu spät einmarschiert; wir danken ihr für ihre Aufopferung, insbesondere danken wir auch den Herren Offizieren. (Lebte Beifall v. d. Zit.)

Abg. Klippel (Dt. Nat. Vp.): Wir wollen alles davon sehen, um wieder zur Ruhe und geordneten Zuständen zu kommen. Frankreichs Vorgehen beweist, daß uns unsere Feinde nicht zur Ruhe kommen lassen wollen. Daneben waren seit Monaten tausende von Elementen an der Arbeit, die Kohlenförderung zu lähmen. Das Vorgehen der Entente ist den Unabhängigen Drösch, Ernst und Eppinghaus anzuschreiben.

Genosse Ludwig:

Es ist unmöglich, auf die einzelnen Antworten zu antworten. Aber Sie wußten, daß Sie dabei sehr schlecht abgelesen wurden und deshalb haben Sie die Redezeit auf dreiviertel Stunden beschränkt. Der von Herrn Klippel vorgeschlagene Antrag, der zum Aufschreiben aufgefordert hat, ist uns bekannt. Er ist ein Vertrauensmann von uns, sondern wird bei allen Worten und Handlungen mit größtem Argwohn beobachtet. Es ist auch durchaus falsch, alle ohne Ausnahme als Räuber und Plünderer zu bezeichnen, die nach dem 2. April noch gefesselt waren. Es waren viele Leute darunter, die die rühmliche Ueberzeugung verfolgten, nur durch eine Umgestaltung der Verfassung könnten die Zustände verbessert werden. Der Genosse Klippel hat dem General Wäcker sehr in Ehrung gesprochen. Wer den Mann kennt, weiß, daß er ein Monarchist ist.

Son der Regierung muß gefordert werden, daß alle Opfer, die auf der Seite der Arbeiter gefallen sind oder geschädigt wurden, vollständig gehalten werden. Da darf die politische Ueberzeugung keine Rolle spielen. Den organisierten Arbeiter ist gegenüber worden, es solle ihnen nichts geschehen, sofern sie bis 2. April die Waffen abgegeben haben. Verhaftet werden aber alle ohne Ausnahme, die seit dem 13. März Waffen getragen haben und sie werden mißhandelt und getötet. Viele Tausende Arbeiter befinden sich in den Gefängnissen, während die Staatsverbrecher noch frei herumlaufen. Wir fordern

schleunigste Entlassung aller dieser, die den Abmachungen entsprechend die Waffen bis 2. April niedergelegt haben.

Sie wurden zu zwei und mehr Jahre Zuchthaus verurteilt. Das erzeugt Unruhe in Hunderttausenden. Jedes Vertrauen zu den gegebenen Versprechungen wird schwinden und Ruhe nicht einreten. Werden die Gewaltmaßnahmen fortgesetzt, dann werden wir der Regierung den schärfsten Kampf ansetzen.

Die Verantwortlichkeit soll aber auch erfragen, solange die Reichswehr in Regierungsbezirk steht, ist an eine ordnungsgemäße Wahl nicht zu denken.

Versammlungen der U. S. V. werden verboten.

Am Sonntagabend ist, wiederum unter Bruch der Vereinbarungen, die Reichswehr 15 Kilometer südlich der Ruhr vorgedrungen. Unsere Vorposten sind wieder verhaftet, um jede Parteilichkeit zu überwinden. Es ist tief traurig, daß deutsche Arbeiter gezwungen sind, sich vor ihren Landsleuten in der Reichswehr in den Schutz der Engländer zu flüchten.

Reinem Genossen Graf nachzusehen, er habe die Besetzung Frankreichs verschuldet, ist kindisch, denn der Wunsch erfolgte erst einen Tag später. Auch ein Vertreter des Zentrum,

Der Sternsteinhof.

Roman von Ludwig Angenruber.

Am Sonntag, nachmittags, nach dem Regen, gingen die alte Kleebinderin und Maderl, die alte Rahner und Sepberl zusammen durch das Dorf. Die beiden Alten trippelten nebeneinander her und die zwei jungen Leute schritten ihnen voraus. Die drei Frauenzimmer trugen erschrocken große Gebetbücher in den Händen, es mochte viel Trost und Erbauung in einem solchen Buch haben.

Wenn der Bursche an die Dirne ein Wort perlor, oder diese eines an ihn, wackelten die zwei alten Weiber mit den Köpfen und sahen sich bedeutungslos an.

„Du, Sepberl,“ sagte Maderl, „die Muttergottesin, die d' bei mir bestellt hast, ist fertig, der Antzich is schon trocken, wann du willst, kannst s' morgen Mon in d'Kirchen tragen. Ich hoff, du wirst zufrieden sein.“ Er schmunzelte dazu.

„Das mein' ich schon auch,“ sagte sie ernst.

Daher stellte er die Statuette auf seinen Arbeitstisch und fragte die Dirne, wie sie ihr gefalle.

Sepberl stand lange davor mit wundernden Augen, dann sagte sie leise: „Weißt, die Schlange, das muß ich schon sagen, is dir gar gut g'ratet, völlig fürchten konnt' mer sich vor dem Bieh.“

Maderl lachte laut auf. „Und von der Heiligen sag' nix?“

„Die is s' schön,“ flüsterte die Dirne.

„Gar s' schön!“ lachte er noch lauter.

„Schau' Maderl,“ fuhr die Sepberl fort, „du mußt mer's nit übel aufnehmen, ich red' nur, wie ich's versteh' und ich versteh' leicht gar wenig davon, aber schon lang' woll' ich dir's sagen, deine Heiligen kommen mir doch alle vor wie reicher Leut' Heilige.“

„Reicher Leut' Heilige — was benam'ft d' als selbe?“

„Mein Gott, so Bildeln halt, was reicher Leut' Augen kmeckeln, als ob gleich ihnen d'lieben Heiligen ein Anseh'n hätten, so süßig und ausgestalt', wie wenn ein g'ring Sorgen und Mühen dazu gehöret, daß ein's sich's Himmelreich ererbt! Viel weltlich machst d' Heiligen, und Männer und Weiber machen sich unter'm Anseh'n leicht andere Gedanken, wie sie tollten.“

„Na, wie soll'n s' denn dein'm Därfhalten nach nachher auskhan'n?“ fragte gereizt der Bursche.

„Dös weiß ich nit, dös kann ich nit sagen, aber so nit, Maderl, wie die dein'. So schaut kein's aus nach überfländener Dual und Märter und harter Buß und schwerem Lebn', eh'nder wie unferrens, herunterkommen und zertrüert.“

„Geh', dalkete Gredl, an mein's Gleiden, was sich selber nicht s'helfen weiß, werd' ich mich doch nit um Gifl wenden, das tu' ich doch nur mit rechtem Vertraun' an's ausbündig' Schöne und an's alles Ueberwindfame, dem kein Not und Elend ankann.“

„Du hast all' dein Lebtag nit verstanden, was Beten heißt, wann d' dich einer Fürbit' wegen an's ausbündig' Schöne halten willst und an was kein' Not ankann und was auch dein Ung'fält nit begreift und dein' Jammer nit versteht.“

„Dein'm Reden nach müßt' mer wol'n Teufel schon machen und d'Heiligen verunzier'n? Nit? Wann d' da d'rausinh noch nit einsehst, wie d' dalket daberlaufend und kein' Begriff von der Saad' hast, tußt mer leid!“

„Nann ja sein, daß d' recht hast und ich hab' ja gleich g'fagt, daß ich möglich davon gar nix versteh'; aber dös Muttergottesin da is mein Bestelltes und das werd' ich wohl bereden dürfen, daß die mir nit g'fält, und, frei d'raus, dös nimme ich nit, daß d' es weißt.“

„Aber warum denn nit?“

„Weil s' of a Haar dem heillosen Nachbarsmensch, der Zindhofer Helsen, gleicht.“

„Gleicht, aber nit is!“ schrie Maderl, im ganzen Gesicht erglühend. „Weht der Wind über das Ed? Soll s' vielleicht noch dir g'föhnt sein, du San'pug!“

Die Dirne starrte den Burschen mit ihren wundernden Augen ängstlich an, ihr weinerlicher Mund begann zu zuden, sie legte beide Hände vor die Brust und sagte nach einer Weile mit klagend behnender Stimme: „Das wollt' ich nit haben, Maderl, daß d' dich über mich erzürnt. So hoffähig bist ich gar nit, daß ich nur d'ran denk', du konnt' ein Bild nach mir schnitzen; aber du wärst kein Christ, Maderl, wann d' nit einsehst, wie eine große Sünd' das wär, wann mer ein solch's in der Kirch' zur Andacht aufstellt, das einer auskhan'n müßt', die noch dazu in sel-

dem Dre'n Leuten unter'n Augen herumlauft und wär s' auch d'Bradste; doch mit der hieh's d'heilig' Jungfrau g'rad' zu verständen.“

„Himmelherrgottsfammerment!“ fluchte Maderl, „so soll s' gleich auch schon der Teufel hol'n!“ Er schwang das Säbnmesser.

„Jesses und Josef, Maderl, der Herr verzeih' dir die Sünd'!“ kreischte Sepberl und fiel ihm in die Rechte.

„Na, laß' nur,“ sagte er, wieder gutmütig lächelnd. „Ich will ihr nur bissel d'Kas' zustuten. Weist schon, — du weisst gar nit, was d'Kasen in ein'm G'ficht bedeut', — wie g'schwind sie anders auskhan'n und niemand mehr gleichen wird.“

Er begann zu schnitzen, während die Dirne mit eingehaltenem Atem über dem Werkstisch lehnte und ängstlich zusah, immer bereit, ihm das Messer zu entreißen, wenn ihr etwa scheinen sollte, daß es zu tief griffe.

Maderl legte schmunzelnd das Werkzeug weg. Er hatte den garten Bug der Nase und den feinen Schwung der Rüstern ins Rundliche verchnigt und die Madonna trug nun, obgleich es ihr gar nicht zu Gesichte stand, Sepberls Nase. Davon ahnte die Dirne freilich nichts, sie sah nur, daß die verhaßte und lästernde Kehuligkeit gänglich verschwunden war und stattdie vor Freude in die Hände wie ein überglückliches Kind; ihr Jubel lodte die beiden alten Frauen herbei, man bestaunte und belobte das Bildwerk nach Gebühr, während Maderl die durch das Säbnmesser bloßgelegten Stellen wieder mit Farbe bestrich. Als Sepberl mit ihrer Mutter sich zur Heimkehr anschickte, gab er ihr das Liebfrauenbild mit und schrie ihr, noch von der Schwelle aus, nach: „Sie müßt' sich wohl im Tragen vor der Simmelmutter ihrer nassen Nasen in acht nehmen.“

So schieden sie unter fröhlichem und freudigem Lachen. Die Frauen wähten die Erfüllung ihrer geheimen Wünsche und Hoffnungen so nahe bevorstehend, daß sie schon im nachdenklichen, hingeworfenen Andeutungen und halben Reden ein Blick vorzufolgen begannen, von welchem der, dem sie alle sich dafür verpflichtet fühlten — nicht etwa Gott — der Kleebinder Maderl gar nicht beachtet wurde.

(Fortsetzung folgt.)

See demeritoren und der Wehrpflichtigen sind in Wien gewesen, um für die Flüchtlinge zu wirken, genau so wie Frau. Da schreit niemand Landbesitzer.

Eine Organisation der roten Armee hat vor dem Ratsh nicht bestanden.

Obwohl sie besahen wir Waffen. Erst mit dem Augenblick, als die Gefahr von rechts drohend wurde, ist alles geschaffen worden. Wir haben Ordnung geschaffen. Heberall, wo nicht gekämpft wurde, ist fleißig gearbeitet worden. Es wurde Abstand genommen von allen Experimenten am Wirtschaftsleben. Eine solche Arbeiterschaft sollte von Verantwortung durch die Reichswehr verschont bleiben. Man sollte es ihr überlassen, für Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung zu sorgen, dagegen müssen alle reaktionären Truppenteile einmündet werden.

Minister Severing: Es ist unrichtig, zu behaupten, die Regierung hätte ihre Dasein nur dem bewaffneten Zustand im Ruhrgebiet zu verdanken. Die Lage hätte sich viel mehr gefestigt, wenn sich die Ruhrarbeiter mit dem Generalstreik begnügt hätten. Die Abneigung gegen die Reichswehr ist keineswegs allgemein. Ich habe mich durchaus nicht einseitig beraten lassen. Wenn ich mich im Hagenes Bezirk vornehmlich an die Unabhängigen wandte, dann aus dem einfachen Grunde, weil diese Partei ungetrieben die Führung in der Hand und den größten Einfluß hatte. Es waren zum überwiegenden Teile auch Zentrumarbeiter, die die Abberufung Watters forderten. Ich muß ferner der Legende entgegenstellen, daß russische Truppenteile im Ruhrgebiet gekämpft hätten. Auch bolschewistische Führer haben den Arbeitertruppen nicht zur Verfügung gestanden. Demokratisch gesinnte Offiziere waren es.

Wie werden wahrscheinlich das Abkommen nicht halten können, nämlich der Ruhr keine Truppen einmarschieren zu lassen. Die Kreise, die bis heute gegen den Einmarsch waren, sind jetzt zu der Ueberzeugung gekommen, daß es nicht zu umgehen ist. Die bodenständigen Arbeiter sind durchaus zuverlässig. Die landfremden Elemente stellen die Gefahr dar. Wir werden es nicht zu ernstlichen Ausschreitungen kommen lassen, sondern sind auf dem Wachen.

Abg. Heilmann (Soz.): Gewisse Parteien haben sich zu Wohlgefallen einen Popanz zurecht gemacht. Man hat den Kollegen Ludwig den Lenin des Ruhrreviers genannt. Wenn Lenin harmlos wäre, dann wären die Bolschewisten gar nicht so schreckliche Menschen. Wenn sich nach dem Rump-Putsch die Deutschen, nationalen über die Gewaltenteilung der äußersten Linken entschießen, so ist das genau, als ob sich ein Strohbesen über die unfreundlichen Umgangsformen des Igels beklagen wollte.

Deutsche Nationalversammlung.

Donnerstag, den 20. April 1920.

Mehrere Beschlüsse, die auf der Tagesordnung stehen, müssen zurückgestellt werden, da kein Richteramt, kein Unterstaatssekretär und kein Regierungsvorsteher anwesend ist.

Mahnahmen gegen Wohnungsmangel.

Der Ausschuss hat die Regierungsvorlage erheblich gemildert. Die Maßnahmen dürfen erst zur Anwendung kommen, wenn alle gültigen Mittel erschöpft sind. Der Ausschuss fordert vom neuen Reichstag ein Gesetz gegen die Wohnmangel. Es soll ferner der Plan der Vergabe der Kriegsanleihe gegen Spitzentente unfundamentale Oppobühnen zum Kernwert geprüft werden. Schließlich sollen die Mittel zur Verfügung gestellt werden, um die Fertigstellung der Bauten zu ermöglichen, die wegen ungenügender Baukostenzuschüsse nicht weiter geführt werden. Die Gültigkeit des Gesetzes soll nur bis zum 30. September 1920 dauern.

Das Gesetz wird nach kurzer Debatte gegen die Deutschenationalen angenommen.

Reichsheimstättengesetz.

Auf der Tagesordnung steht dann die zweite Beratung des Reichsheimstättengesetzes. Der Ausschuss hat der Regierungsvorlage im wesentlichen zugestimmt. Arbeitsbeschädigte sollen besonders berücksichtigt werden, ebenso betriebene Fisch-Lochbringer, Fischweber und Deutschbalten. Ein Antrag Dr. Munkel (D. Sp.)-Koschützki (Dem.) fordert einen Gesetzentwurf zur Bekämpfung der Bodenpekulation und zur sozialen Ausgestaltung des Enteignungsrechtes. Zur zusammenfassenden Behandlung der Wohnungsbau-, Erbschafts- und Heimstättenfragen soll die bestehende Zentralstelle ausgebaut werden.

Abg. Salkmann (Soz.): In der Arbeiterschaft wird das Gesetz mit Recht eine gewisse Enttäuschung hervorrufen. Meine Partei hat alles versucht, um eine Verbesserung der Vorlage herbeizuführen. Dennoch beargwöhne ich die Vorlage, daß sie wenigstens einen ersten Schritt darstellt. (Beifall d. D. Sp.)

Abg. Reulien von Wierke (Dnall.) betont, daß ein Teil der Deutschenationalen nur mit schwerem Bedenken der Vorlage zustimmen können wegen der darin enthaltenen Enteignungsbestimmungen.

Abg. Hubell (U. Soz.): Das Gesetz entspricht nicht entfernt den geringsten sozialen Ansprüchen.

Das Gesetz wird gegen die Stimmen der Unabhängigen angenommen.

Reichsjustizminister Münder: Es ist hoch erfreulich, daß es gelungen ist, dieses Gesetz noch zu verabschieden. Es ist nun an den Ländern und Gemeinden, das Gesetz ins Leben einzuführen. (Beifall.)

Das Tumultschädengesetz.

Der Ausschuss hat die Verpflichtung zum Schadenersatz erweitert. Es werden auch die Schäden ersetzt, die durch Abwehr offener Gewalts herbeigeführt sind. Entschädigung wird nur unter Berücksichtigung der gesamten Vermögens- und Erwerbsverhältnisse gewährt. Die Anmeldefrist ist von einem auf drei Monate verlängert.

Abänderungsanträge der Rechten werden abgelehnt. Das Gesetz wird gegen die Stimmen der Rechten in dritter Lesung verabschiedet.

Das Postgebührengesetz.

Der Reichsrat hat gegen die Beschlüsse der Nationalversammlung zum Postgebührengesetz Einspruch eingelegt. Er hat Anstoß genommen an der Befreiung des vortypographischen Dienstes. Das Gesetz wurde daher der Nationalversammlung zurückgegeben.

Nach kurzen Ausführungen des Berichterstatters und des Reichspostministers Giesberts wird der Postvorlage zugestimmt.

Es folgt der Bericht des Ausschusses für die Ausführung des Friedensvertrages, worauf bei der Abberufung des Reichsstandes an die Entente der am Tage des Aufstiegs bestehende Marktpreis zu gelten empfohlen wird.

Abg. Schiele (Dnall.) empfiehlt als Vorschlagsnehmer Annahme des Antragsentwerfers.

Abg. Widel (Soz.): Wir müssen den Antrag des Ausschusses auf Fassung des Tagesordnungsartikels ablehnen. Dadurch würde eine gewaltige Entwertung der Reichsnoten durch den bevorstehenden Druck neuer Geldscheine bewirkt, wodurch das Reich unendlich geschädigt würde.

Abg. Geule (U. Soz.): Auch wir sind gegen den Ausschussantrag, der den Herren Abgeordneten wieder Respektproteste gewähren sollte. Wir beantragen Versetzung auf Tagesordnung.

Der Antrag Geule wird abgelehnt. Der Ausschussantrag wird darauf gegen die Stimmen der beiden sozialistischen Fraktionen angenommen.

Es folgt die zweite Beratung des Gesetzes über Abänderung der Leistungen und der Beiträge in der Invalidenversicherung.

Nach Begründung der Rentenabänderung der Invaliden und Witwen sowie der Erhöhung der Wochenbeiträge zur Reichsversicherungsvorlage wird das Gesetz angenommen.

Zur ersten Beratung steht ein Gesetzentwurf über weitere Ausdehnung der Versicherungspflicht in der Angestelltenversicherung, wonach die Einkommensgrenze von 3000 M. auf 15 000 M. erhöht werden soll.

Abg. Geule (Soz.): Die Regelung der Angestelltenversicherung wurde von uns vorgeschlagen gleichzeitig mit der Regelung der Invalidengrenze zu verbinden. Ich schlage vor, den vorliegenden Gesetzentwurf einem Ausschuss zu überweisen, da er in Anbetracht der Wichtigkeit der Sache gründlich durchberaten werden muß.

Da sich Abg. Jean Bley (U. Soz.) diesen Ausführungen anschließt, wird die Vorlage trotz der ablehnenden Ausführungen der Abg. Schneider-Sachjen (Dem.), Gilling (Zentr.) und Winterfeld (D. Sp.) an einen Ausschuss.

Ein Antrag Dr. Bahndt (Dem.), der die Regierung ersucht, aus den noch vorhandenen Heeresbeständen den Krankenhäusern und Pflegeanstalten Bett- und Leinwandstoffe zur Verfügung zu stellen, wird einstimmig angenommen. Ebenso ein von allen Parteien eingebrachter Beschlusstext betr. Wiederaufnahmeverfahren gegen Urteile der außerordentlichen Kriegsgerichte. — Es folgt die zweite Lesung des Gesetzentwurfes zur

Aufhebung der Militärgerichtsbarkeit.

Abg. von Geule, dem sich Abg. Graf zu Dohna (D. Sp.) anschließt, fordern Ablehnung von der Tagesordnung.

Abg. Stücken (Soz.): Wir wenden uns scharf gegen diese Verschleppung. Die Zeiten von der Rechten wissen genau, daß die Militärgerichtsbarkeit eine Hauptstütze des Militarismus ist, deswegen wollen sie ihre Abschaffung unter allen Umständen verhindern.

Trotzdem Abg. Geuer (U. Soz.) sich diesen Ausführungen anschließt, wird infolge der Drohung zur Angeweifung der Beschlußfähigkeit der Gegenstand von der Tagesordnung abgesetzt und auf Verlangen des Abg. Stücken (Soz.) als erster Punkt auf die neue Tagesordnung gesetzt.

Nächste Sitzung: Mittwoch, den 19. Mai, Militärgerichtsbarkeit. — Dem Präsidenten wird es überlassen, weitere Punkte auf die Tagesordnung zu setzen.

Gewerkschaftliches.

Die Angestellten im Gastwirtsgerwerbe und der 1. Mai.

Die Bräuterei der Arbeiterschaft durch die bürgerliche Mehrheit in der Nationalversammlung, die den 1. Mai als Nationalfeiertag wider Erwarten abgelehnt hat, zwingt auch die gewerkschaftlichen Angehörigen zum schärfsten Protest. Wir fordern deshalb unsere Mitglieder auf, dem Beschluß der engeren Ortsverwaltung Folge zu leisten und den 1. Mai durch Arbeitsträge zu feiern. Nur in den Betrieben, in denen von dem Parteien Disziplinirten abgehalten werden, soll die Arbeit anstands erhalten bleiben. Als Bedienungspersonal sollen nach Möglichkeit bis zur Zeit stillgelegten Kollegen Beschäftigung finden.

Die etwa vorzunehmenden Kostensparbeiten in den einzelnen Betrieben sind durch die Betriebsräte zu regeln.

Verband der Gastwirtsgehilfen, Ortsverwaltung Groß-Berlin. L. K. Otto Kammal.

Zu der Forderung in Nr. 100 der „Freiheit“ der 1. Mai und die Gastwirtsgehilfen teilt sich Genosse Kusch, der Vorsitzende der Berliner Gewerkschaftskommission, mit, daß der Ausschuss der Gewerkschaftskommission auf eine Anfrage des Vertreters der Gastwirtsgehilfen seine Meinung dahin geäußert hat, daß auch die Gastwirtsgehilfen den 1. Mai durch Arbeitsträge feiern und eine Ausnahme hiervon nur zulässig sei für Lokale, in denen die Polizeien der Arbeiterschaft stattfinden. — Die betreffende Forderung war daher irreführend. Durch den vorstehenden Aufruf ist ja nun diese Angelegenheit erledigt.

Zum Streik in der Filmindustrie.

Die Streikleitung des Zentralverbandes der Film- und Kinoangehörigen Deutschlands hatte am Donnerstag, den 20. April, im Berliner Gewerkschaftshaus eine Streikerversammlung abgehalten, in der der Sekretär Eisemann einen Vortrags über die gegenwärtige Lage gab. Die Unternehmer versuchen es in der bürgerlichen Presse so hinzustellen, als wenn nur die Ungelehrtheit der Arbeiter schuld am Ausbruch des Streiks sei. Tatsache ist, daß die Arbeitgeber es abgelehnt hätten, mit dem Zentralverband überhaupt in Verhandlungen zu treten. Die Streikleitung hat nunmehr zwecks Vermittlung das Reichsarbeitsministerium angerufen. Das R. A. M. hat daraufhin für Montag, den 2. Mai, beide Parteien zu Verhandlungen geladen. Es wird dort den Unternehmern Gelegenheit gegeben werden, ihre Forderungen durch Entgegenkommen bei den Verhandlungen zu beweisen. In der Diskussion führte Dr. Czempin aus, daß das Gesetz der Unternehmer, die Filmindustrie könne die neuen Forderungen nicht bewilligen, hinsichtlich sei. Man brauche nur die hohen Sagen einzelner Stars zu betrachten, die bis zu 8000 Mark pro Tag betragen.

Die Versammlung nahm dann eine Resolution an, in der dem Zentralverband wie auch der Zentralstreikleitung das Vertrauen ausgesprochen wurde.

Nach Schluß der Versammlung ordneten sich die Streikenden zu einem Demonstrationzuge, der sich am Belle-Alliance-Platz aufstellte.

Versammlung der Buch- und Eisendrucker-Mitarbeiter.

In einer am 27. April stattgefundenen Mitgliederversammlung des Verbandes der Buch- und Eisendrucker-Gehilfen und Arbeiterinnen berichtete Kollege G. Grohmann, daß der Verbandsvorstand einen Extrabeitrag in Höhe des wöchentlichen Verbandseinkommens am 10. April 1920 erhoben hat, gleichzeitig mit der Erhebung dieses Extrabeitrages wurde die Erhebung des Streikunterstützung auf das Doppelte der bisherigen Höhe beschlossen. Auch der Ortsvorstand mußte sich mit der Erhebung des Ortsgruppenbeitrages einverstanden erklären, denselben ebenfalls um das Doppelte zu erhöhen am 10. April. Die Versammlung mußte nachträglich ihre Zustimmung dazu geben. Nach Ausprache wurde beschlossen, den Beitrag bis nach dem nächsten Verbandstag festzusetzen.

Die Kritik zum Verbandstag waren von einer Kommission in Gemeinderat mit dem Ortsvorstand durchzusetzen worden. Dem Ortsvorstand wird in den nächsten ein Beitrag zur Seite gestellt. Ferner ist ein Aufruf vorzulegen, der von 200 Mitgliedern einen Delegierten dazu einsetzt. Eine neue Zusammenkunft der Parte ist vorzulegen. Der Beschlusstext der

Anträge zum Verhandlungstag wurde alsdann mit kleinen Änderungen angenommen. Nach Aussprache wurde beschlossen, die Wahlen der Verhandlungstag-Delegierten durch Urwahl vorzunehmen.

Die Kohlenhandelsarbeiter für Arbeitsruhe am 1. Mai.

Die Kohlenarbeiter, Kuischer, Anweiser, Vortarbeiter, Stallsleute, Bläbler und Portiers haben in der am Mittwoch abend stattgefundenen, stark besuchten Versammlung im „Deutschen Hof“ beschlossen, den 1. Mai durch allgemeine Arbeitsruhe würdig zu begehen.

Der weiteren nahmen dieselben die ablehnende Antwort des Unternehmers auf die eingehenden Lohnforderungen entgegen, da diesen die geforderten Höhe zu hoch erschienen. Nach eingehender Diskussion, bei der die sofortige Arbeitsniederlegung gefordert wurde, wurde schließlich dem Antrag, den Arbeitgebern eine Verhandlungsfrist bis einschließlich dem 2. Mai zu gewähren, mit großer Mehrheit zugestimmt. Eine am selben Tage stattfindende Vollversammlung der Kohlenarbeiter und Kuischer soll dann bei nicht befriedigender Antwort oder nicht befriedigendem Ergebnis der Verhandlungen über weitere endgültige Maßnahmen zur Erzieling eines gerechten Lohnes beschließen.

Reichstaxivertrag der Graveure und Ziseleure.

Am Mittwoch hielten die im Deutschen Metallarbeiterverband organisierten Graveure und Ziseleure eine Brandenburgerversammlung ab, in der der Brandenburger Lokale den Bericht über den am 13. April mit dem „Deutschen Graveur und Ziseleurebund“ abgeschlossenen Reichstaxi gab. Lokke betonte, daß das Ergebnis der Verhandlungen als nicht befriedigend zu bezeichnen sei, da die in dem Taxis vorgesehene Grundlöhne für Berlin nicht ausreichend seien. Die Mitglieder der Berliner Tarifkommission haben dies beim Abschluß der Verhandlungen zum Ausdruck gebracht.

In der Diskussion wandten sich mehrere Redner gegen den Reichstaxi, da das Lohnabkommen für die Berliner Verhältnisse nicht ausreicht. Die Versammlung stimmte dem Abkommen mit der Maßgabe zu, daß sofort am 1. Juni erneute Verhandlungen stattfinden sollen.

Lokke eilte dann noch mit, daß zwischen dem neu gegründeten Arbeiterverband des Kunstverwerkes (Wronze, Narmor und Maschinenindustrie) und dem Deutschen Metallarbeiterverband ein Lohnabkommen abgeschlossen worden ist.

Es soll zwischen diesem Arbeitgeberverband und den Arbeitervereinigungen ein Tarifvertrag ausgearbeitet werden. Die Versammlung beschloß, vor Beginn der Tarifverhandlungen zu diesen Stellung zu nehmen.

Der ferneren beschloß die Versammlung, in diesem Jahre von einer eigenen Versammlung der Branche am 1. Mai Abstand zu nehmen und den Mitgliedern zu empfehlen, sich an den Bezirksanstaltungen der politischen Parteien zu beteiligen.

Die neue Besetzung und die unteren Beamten.

Unmittelbar nach Verabschiedung der neuen Besetzungsordnung durch die Nationalversammlung hielt der Bund der unteren Verwaltungsbeamten eine große öffentliche Versammlung ab, in der der neu eingetretene Abgeordnete der Preussischen Landesversammlung, Genosse Arthur Richter-Lichtenberg teilnahm. Nach einem Vortrag des Redaktors Kamossa wurde folgende Entschliessung einstimmig angenommen:

Die am 20. April im Kriegereisenhaus versammelten Beamten aller Verwaltungen erkennen den ehrlichen Willen der Nationalversammlung an, die völlig unzureichende Regierungsvorlage zugunsten der unteren Berufsgruppen zu verbessern. In der Annahme der Gehaltsätze der untersten und der obersten Stufen erklären sie den Versuch, dem sozialen Gedankengang in das Wahlgesetz zu verankern, in der gleichen Kinderzulage den Anfang demokratischer Grundzüge.

Die Versammlung erwartet, daß auf diesem Wege fortgeschritten wird, und daß Orts- und Zweigvereinigungen nach dem gleichen Grundsatze umgestaltet werden; sie spricht ihre Unterstützung darüber aus, daß ein dahingehender Antrag Bley abgelehnt wurde.

Die Versammlung bedauert, daß das Beamtenrückengesetz von der Nationalversammlung nicht mehr verabschiedet wird. Sie verlangt von dem neuen Reichstag, daß er dieses Gesetz als eine der dringlichsten Aufgaben ungeschämt verabschiedet.

Auf dem Gebiete der Demokratisierung aller Verwaltungen verlangt die gesamte untere Beamtenklasse im Interesse des Dienstes und des republikanischen Staates die endliche Beseitigung aller reaktionären Beamten aus leitenden Posten und aus den Personalstellen und ihre Erziehung durch zuverlässige Republikaner. Zur Durchföhrung dieser unerlässlichen Forderungen ist ein geschlossenes Zusammengehen mit den Gewerkschaften der Arbeiter und Angestellten auch für die Folge oberste Richtschnur des Handelns, bis eine Gesamtorganisation aller Gruppen der Arbeitnehmer hergestellt ist.

Die U. S. D.-Fraktion der Gastwirtsgehilfen fordert alle Berufsangehörigen auf, sich reiflos an den Reichstaxiinstellungen der politischen Parteien zu beteiligen.

Abtag, Eisenbahner! Die für heute abend 8 Uhr anberaumte Versammlung findet nicht statt.

Abtag! Fußmachersinn! Versammlung am Montag, den 3. Mai, abends 7 Uhr, Engelauer 10, Saal 1. Um weiteste Teilnahme wird gebeten.

Die Funktionäre der Transportarbeiter in den Reichsbetrieben nahmen am 20. d. M. unter anderem Stellung zu der Frage des 1. Mai. Einstimmig wurde beschlossen, gemeinsam mit dem internationalen Klassenbewußten Proletariat die Arbeit an diesem Tage ruhen zu lassen und den 1. Mai als Feiertag zu betrachten.

Verbandstag der Schuhmacher.

Münchener, 27. April.

Dritter Verhandlungstag.

Die Tagung begann mit dem Punkt 3 der Tagesordnung: Reichslohnstaxi. Der Reichstaxi-Delegierte Hermann Rümberg führte aus, daß der Ausbau des Reichslohnstaxis nicht eine Sache von ein paar Monaten sei, sondern alle wirtschaftlichen Faktoren der Leder- bzw. Schuhindustrie miteinbeziehen. Der Abschluß bringe vielleicht nicht allen das Gewünschte, aber wir trüben uns in absteigender Konjunktur und die reichsangeordneten Schuhfabrikanzen müßten sich schon wieder als die Herren. In der lebhaften Diskussion wurde allseitig die Schwierigkeit der Verhandlungen anerkannt und betont, daß trotz allem der gesamte Kollegenchaft Deutschlands der Taxis doch von Vorteil sei. Der Abschluß wurde dem Verhandlungstag anvertraut. Amnächte begann die Debatte über den Punkt: Gewerkschaften, Kalkulation, Arbeitsgemeinschaften. In einer längeren Resolution legt der Reichstaxi-Delegierte Stuttgart festem Standpunkt dar. Das Verabschiedung wurde nicht im entferntesten der Ansprüchen der Arbeiter und Angestellten gerecht. Er stellt sich auf dem Boden der politischen Arbeiterschaft, denen er besonders kommunale Aufgaben zuteilt. Er schwärmt die Arbeitgemeinschaften. Ferner verlangt er, daß die Gewerkschaften noch mehr als Kampforganisation auszubauen sind und als wachsender Faktor im Kampfe für die Vertiefung der Arbeiterschaft bleiben müssen. Er verlangt ferner die Gewerkschaften des Arbeiter im Unternehmern und deren Befähigung.

Aus dem Stadtparlament.

Die Erhöhung der Kur- und Verpflegungskosten in den städtischen Krankenhäusern bildet den ersten Punkt in der gestrigen Stadtparlament-Versammlung. Die Debatte drehte sich um die Frage, ob — wie der Magistrat fordert — 12 Mark für Erwachsene und 6 Mark für Kinder erhoben werden sollen oder, nach dem Ausschussantrag, nur 9 Mark für Erwachsene. Hiesige Dr. Wehl beurteilt, daß sich der Magistrat von rein fiskalischen Gesichtspunkten leiten lassen und die sozialen ganz außer Betracht ließ. Das Heilwesen müsse kommunalisiert werden, und da die meisten Krankheitsfälle gesellschaftlicher Natur seien, habe die Allgemeinheit die Verpflichtung, voll und ganz für die Kranken zu sorgen. Deshalb wollen wir die Unmöglichkeit des Heilwesens. Nach langem Hin- und Her wurde der ermäßigte Satz von den beiden sog. Parteien beschlossen.

Unser Genossen widersprachen der sofortigen zweiten Lesung. Dadurch wurde erreicht, daß die Erhöhung nicht schon am 1. Mai, sondern erst am 15. in Kraft treten kann.

Der neue Lohnsatz für städtische Arbeiter wird gestern erneut zur Beratung. Der vorgeschlagene Zuschlag hatte im Verlauf des gestrigen Tages seine Arbeit erledigt. Er empfahl der Stadtparlament-Versammlung, zu beschließen: die Magistratsvorlage vom 24. April 1920 wird angenommen, jedoch mit der Maßgabe, daß die monatlichen Lohnbeträge erhöht werden bei jugendlichen Arbeitern unter 18 Jahre auf 65 Mark, bei ledigen Arbeitern über 18 Jahre auf 100 Mark, bei verheirateten Arbeitern auf 150 Mark, die Hinterzulage auf 40 Mark.

Magistratsrat Sedlitz widersprach diesem Antrage mit großem Eifer. Auch sämtliche bürgerlichen Parteien waren gegen die Erhöhung. Der Stadtkammerer Böhm erklärte wohl die Schwierigkeiten, die die Deckungsfrage verursacht, erkannte jedoch gleichwohl an, daß ein Anstieg gefunden werden müsse, weil die Bedürfnisse der Arbeiter Verdrängung heißen.

Genosse Ulrich wird die unumgängliche Notwendigkeit der bürgerlichen Erhöhungen nach. Auch die Rechtssozialisten erklärten sich für den Zuschlagantrag. Damit war dessen Annahme gesichert.

Weiterhin wurde der Antrag unserer Fraktion verhandelt. Yämtliche Schulen wieder ihrem eigentlichen Zweck zuzuführen.

Genosse Zubeil begründete dieses Vergehren. Er prüfte die Fälle zu Schulgebäude für militärische Zwecke beansprucht wurden. Natürlich handelte es sich fast ausschließlich um Gemeindefunktionen. Noch heute sind derartige Gebäude nicht bebaut. In manchen Gebäuden wurden die Erwerbslosenfürsorge und Kommissionen untergebracht. Das hindert den Unterricht, das Familienleben und wirkt ungünstig auf Kinder und Lehrer. Es würden längst andere Maßnahmen getroffen worden sein, wenn es sich um Kinder der Wohlhabenden handelte. Der Stadtkammerer Fischer behauptete, es sei unter den obwaltenden Umständen alles getan worden, was möglich war. Es werde auch weiterhin die größte Sorge der Schulbehörde sein, die anderweit besetzten Schulräume freizumachen.

Groß-Berlin.

Unentschiedene Elternbeiträge.

Zu Mittwoch abend hatte der Bund unentschiedener Schulkollegen, der sich seit einiger Zeit durch Ausdehnung nach oben (Hochschule) und unten (Volkshaus) ein ganz breites Niveau geworfen hat, durch „unpolitische“ Handarbeit die Elternbeiträge ohne Unterschied der Partei und Konfession zur Schulaula Kochstraße 19 eingeladen, um die Personengruppe seines wöchentlichen Kongresses durch Heranziehung auch noch dieses vielschichtigen Chores zu vergrößern. Um es gleich demotiv zu nehmen, die Probe sei so leicht aus, daß dem Dirigenten eigentlich jeder weitere Versuch in der Richtung dieser Verkleinerung seines Orchesters verfallen sein muß. Er würde sich sonst zu einem recht schlechten Musikanten stampfen. Programm: „Die Mutter im Elternbeirat“ von Dr. Hildegard Wegscheider, „Was ist ein Elternbeirat“, Ein bürgerliches Elternbeirat... Was ist ein „ob meine Liebe“... Handlungsskizzen besahnte die Einführer. — „Elternbeiträge, Schul- und Kinderbeiträge“ von Emilie von Kücken war ein Probe- und Lehrgang: „Der alltägliche Aufgabenbereich“ von Prof. Dr. Cestrich lieferte das Tempo sehr bald zum Preise. Die eingetragenen Kongressmitglieder von Knudstrasse nach links wie „Proletariat“, „Gemeinschaft“, „neuer Schulgeist“ wirkte wie Panzer, die die drückend unpolitische Erregung bis zur Siebersteigerte. Ein Stimmengewirr durchdrang. „Was geht hier vor?“ „Wer hat uns hergeladen?“ „Draußen liegen die Schriften der unentschiedenen Schulkollegen, orientieren Sie sich nur, dann werden Sie schon sehen, wohin wir geraten sind.“ „Gemeinschaft“ — „Was ist ein Elternbeirat?“ „Na, wenn ich das gewußt hätte.“ „Gemeinschaft“ — „Der Versuch einer Diskussion geht in dem unpolitischen, schließlichen Värm unter. Der weiche Versammlungsterror ertränkt die Aussprache in einem wässrigen Lohmohol. Was ist dem Ausgange zu. Nach dem Spiel: Einige Wappchen von Arbeiter physischeren über die Frage: „Warum geht's in unseren Versammlungen viel sachlicher zu?“ — „Ja glaube, weil die dort unpolitisch sind.“

Gerechte Beurteilung giltet frei nach Ophio: „Weshalb werden Wille wird hier gemüht?“ Aber: „Du hast's gewollt, George Cestrich.“

Unseren Elternbeiträge rufen wie die erste Mahnung zu: „An die Partei, an diese schließt euch an, dort sind die harten Burgeln eurer Arbeit. Laßt euch durch noch so schöne Töne und durch keinen Waffenschein von diesem festen Boden abdrängen. In gleicher Front und Schulter an Schulter mit den Betriebsräten kämpfen unsere Elternbeiträge für die Schulkollegen Hand in Hand mit der Revolution auf wirtschaftlichem Gebiete. Darum schließt an und laßt die Objekte in den Distrikts-Elternbeiräten und laßt so stark auf die Augen im Aufbau unserer Elternbeiratsorganisation. Habt euch vor den „schändlichen“ Schulkollegen, sie sind wirklich reine Losen, aber immerhin Losen, die in den Sumpf weisen.“

Sieg der Oranienburger Arbeiterschaft.

Die Oranienburger Arbeiter sind im Besitze der vom Bürgermeister Dr. Deime beschlagnahmten Flugblätter. Lang wird darüber berichtet: Während die Genossen Schöf und Gaedel Mittwoch nachmittag beim Landrat die Freigabe der Flugblätter „Die Wahrheit über den Bürgermeister“ zu bewirken begehren, verhandeln sich vor dem Sitzungssaal der tagenden Stadtverordnetenversammlung gegen 3000 Arbeiter und forderten eine Kommission zum Bürgermeister. Der Bürgermeister lehnte jede Verhandlung ab, auch der Stadtverordnetenvorsteher ließ eine Verhandlung nicht zu. Der Bürgermeister erklärte der Arbeiterschaft, die Flugblätter nicht herauszugeben zu können, da diese an die Staatsanwaltschaft gelangt seien. Die Arbeiterschaft bemängelte sich eine unehrliche Erregung, und als sie drohen, in den Sitzungssaal einzudringen, beschloß der Bürgermeister sich durch die Türe zu drängen. Es wird aber auf die Mäule der Arbeiterschaft. Nach rechtzeitig erschien der Landrat im Automobil, so daß der Bürgermeister gerettet wurde. Eine kurze Verhandlung, und der Arbeiterschaft wurde die Freigabe bekanntgegeben. Ein tausendfüßiges Hoch erklang, man zog zum Rathaus, und der Bürgermeister gab die Flugblätter in die Hände der Arbeiter, denn sie waren nicht fortgeführt, sondern einfach unter Verhinderung im Rathaus.

Die gewaltige Kundgebung hat offensichtlich dem reaktionären Bürgermeister gezeigt, daß die Arbeiterschaft nicht mehr gewillt ist, sich von diesem Ranne verpöten und verhöhnen zu lassen. Er hat die Geduld der Arbeiterschaft auf den 3000 organisierten Arbeiter in Oranienburg.

Der Streik der sozialistischen Stadträte und Stadtvorordneten dauert so lange, bis der Bürgermeister von seinem Amte entlassen ist. Nur hierdurch kann die Sicherheit des Wirtschaftslebens in diesen blühenden Industriestadt gewährleistet und Ruhe und Ordnung wiederhergestellt werden.

Offiziell sieht nun endlich die Regierung, wie schädlich dieser Streik ist, und hört den Ruf der Arbeiterschaft: „Fort mit Dr. Deime!“

Rein Stadtbahn- und Vorortverkehr am 1. Mai.

Die gestrigen Meldungen bezüglich des Zugverkehrs am 1. Mai haben sich nicht bestätigt. Weiter tritt die Eisenbahndirektion Berlin einsehend Verhältnisse sich die Eisenbahndirektion Berlin entschlossen hat, den Stadt-, Ring- und Vorortverkehr am 1. Mai als unerschütterlich und völlig einzustellen. Dagegen soll der Fernverkehr wie an den Vorabenden und der Güterverkehr nach Möglichkeit durchgeführt werden.

Der 1. Mai in Treptow-Baumschulentweg.

Wie wir berichteten, hatte die Gemeindevertretung in Treptow-Baumschulentweg den Dringlichkeitsantrag der sozialdemokratischen Fraktionen, den 1. Mai zu feiern, mit 10 gegen 8 Stimmen abgelehnt. Es wurde nun von den Antragstellern eine außerordentliche Sitzung beantragt, die am Mittwoch stattfand. In dieser Sitzung beschloß die Gemeindevertretung gegen die Stimmen der reaktionären Parteien, daß am 1. Mai der gesamte Nachschub und Gemeindefunktion, auch der Volks- und höheren Schulen ruht. Es wird nur Sonntagsdienst verrichtet. Alle Schulkinder nehmen an der Feier teil.

Die Feiern für die Treptow-Baumschulentweg findet am Sonntag morgen 8 Uhr in der Aula des Gymnasiums, Baumschulentweg, statt; für Treptow um dieselbe Zeit in der Turnhalle der 6. Gemeindefunktion, Bouchestraße.

Der Aufmarsch zum Demonstrationzug erfolgt in Baumschulentweg punkt 9 Uhr, Baumschulentweg, Waldes. Für Treptow Aufstellung 9 Uhr an der Wiener Brücke (Sammelmäntelstraße). Die Genossen treffen sich in den Bezirkslokalen.

Auch Wilmersdorf lehnt die Walfeste ab. In der gestrigen Wilmersdorfer Stadtverordnetenversammlung wurde ein Antrag unserer Genossen, am 1. Mai die städtischen Schulen zu schließen und in den städtischen Dienststellen und Betrieben den Sonntagsdienst anzuordnen, von der bürgerlichen Mehrheit abgelehnt. Das sind die lehren Forderungen des mit der letzten Kraft ein Fest Nacht einpenden reaktionären Bürgeriums. Die Arbeiter werden darüber mit Hochrufen hinweggehen und ihren 1. Mai feiern, auch wenn es dem Bürgerium nicht behagt.

Groß-Berlin als einheitliches Wirtschaftsgelände soll nun auch kommunalpolitisch zusammenwachsen. Nahezu 4 Millionen Einwohner sollen in einer Stadtgemeinde vereinigt werden. Ein solches kommunalpolitisches Gebilde gibt es in der ganzen Welt nicht.

Erwerbslosenerhaltung wird heute ausgeführt. Die Erwerbslosenfürsorge teilt mit, daß der 1. Mai wegen die am Sonntag fälligen Zahlungen der Erwerbslosenerhaltung bereits am heutigen Freitag geleistet werden und daß auf Beibringung des am 1. Mai fälligen Gesamts der Kontrollkarte verzichtet wird.

Wegen der Brotverknappung veranstaltet die Konsumgenossenschaft Berlin und Umgebung heute Freitag, abend 7 Uhr in der „Union-Brauerei“, Hasenheide 23-31, eine Protestversammlung. Eine gänzliche Beteiligung der Konsumenten wird erwartet.

Bund für Mutterschutz, Wilmersdorf, Hildstr. 14A. Heim und Beratungsstelle. Sprechstunde: werktäglich 10-1 Uhr, außerdem Dienstag und Freitag, abends 6-8 Uhr. Donnerstags keine Sprechstunde.

Gründung der Wald-Erholungsstätte Ränigshöhe. Die vor kurzem in das Eigentum der Stadt Reutlin übergegangene, für den Tagelohn eingeweihte Wald-Erholungsstätte in der Ränigshöhe wird am 8. Mai d. J. für den Besuch eröffnet. An nahmen finden erholungsbedürftige weibliche Personen und Kinder gegen Zahlung eines täglichen Verpflegungsbetrags von 4 Mark bzw. 8 Mark für Kinder, wofür Mittagessen und Nach, sowie eine Zubereitung durch die zuständigen Stellen erfolgt, gewährt wird. Vor-merkungen nimmt das Bureau der Erholungsstätte, Reutlin, Richardstraße 118, Quergebäude 1 Trp., von 9-1 Uhr entgegen.

Aus Furcht vor Strafe. Wie wir in unserer Mittwoch-Abendausgabe berichteten, erlöschte sich am Dienstag mittag der Oberwachmeister der Siederstraße Hans Vortendbeimer. Der Grund für den Selbstmord ist in einem Stillstand des Verstandes zu suchen, das B. an der neuerrichteten Schulleitung in der Schulstraße 4 beging, wobei er das Mädchen geschlechtlich infizierte.

Der Doppelmord bei Ränigshöhe. Wie berichtet, sind am letzten Freitag in einer Kiefern-Lichtung an der Chauffee Dahmsdorf-Ränigshöhe zwei männliche Leichen entdeckt und ausgegraben worden. Wie die behördlichen Ermittlungen als bald ergaben, handelte es sich um zwei russische Kriegsgefangene, die offenbar seinerzeit aus dem Gefangenenlager Ränigshöhe entflohen sind. Die örtliche Untersuchung hat am Freitag festgestellt, daß die beiden Russen eines gewaltigen Todes gestorben sind. Sie sind ermordet und dann beraubt worden. Die Staatsanwaltschaft in Frankfurt a. O. hat eine umfangreiche Untersuchung eingeleitet und die energischen Nachforschungen der Behörden haben auch bereits eine bestimmte Spur geführt. Die Leichen der Ermordeten sind, nachdem sie photographiert worden sind, zur Bestattung freigegeben worden. Ihre Persönlichkeit konnte bisher noch nicht festgestellt werden.

In der Zentrale der Betriebsräte, Ringstr. 24, Zimmer 8. Ist einem Genossen irrtümlich der Hut verwechselt worden. Es wird ersucht, denselben zurückzugeben.

Lebensmittelkalender.

Schöneberg. Bis 4. Mai Voranmeldung für 200 Gr. weiße Wöhlen auf 8, 1 Pfundiges Auslandsmarmelade auf 9 der roten und grünen Schokolade bezugsfertig, sowie 200 Gr. Weizenkleinmehl auf 24 der allgemeinen Lebensmittelkarte. — Ausgegeben werden in der nächsten Woche: 4 Pf. Kartoffeln auf 19-4 der Schöneberger Kartoffelkarte und für ausverkauften Kartoffeln ohne Voranmeldung 200 Gr. ausland. Wöhlen auf die 19-4 der Kartoffelkarte; ferner 200 Gr. weiße Wöhlen auf 8, 200 Gr. inländ. Wöhlen auf 4 der roten und grünen Schokolade bezugsfertig. Für den Monat Mai werden auf Lebensmittelkarte bezugsfertig drei Viertel der Mengen in Pfefferkörnern und ein Viertel in Weizenkleinmehl abgegeben.

Reutlin. Auf Abkündigung der Grob-Berliner Lebensmittelkarte 1/2 Pf. Marmelade, 1/2 Pf. roten und weißen Wöhlen sind die Dienstag 4. Mai abzugeben.

An unsere Inferenten!

Infolge der wüsten Arbeitssuche am 1. Mai 1920 die Sonntagnummer der „Freiheit“ am 2. Mai aus. Die am 1. Mai erscheinende Nummer wird daher in verstärkter Auflage als 1. Mai und in verstärkter Auflage als 2. Mai und Sonntagnummer zugleich erscheinen. Unsere Inferenten können dadurch mit breiten Massen der Bevölkerung in Verbindung kommen, die erfahrungsgemäß zu besonderen Demonstrationen und Versammlungen hinzuströmen. Der gesteigerte Absatz unserer Presse bietet daher allen Inferenten eine ausgezeichnete Gelegenheit, neue Interessenten zu gewinnen.

Für diese Nummer werden Anzeigen, soweit der Raum noch reicht, bis heute abend 8 Uhr angenommen.

Aus den Organisationen.

Walfeste Humboldtholz. Die Genossen und Genossinnen aus den Distrikten 10, 11, 12, 13, 14, 15, 16, 17, 18, die sich als 1. Mai morgens 7 Uhr auf der Spielplatz pünktlich zu erscheinen.

1. Distrikt. Abmarsch für die Genossen der 1., 2. und 3. Abteilung pünktlich 9 Uhr vom Dönhofsplatz; 4. Abteilung 10 Uhr von Dönhofsplatz; 5. und 6. Abteilung 10 Uhr von Rathaus, Wilhelmstraße 118.

2. Distrikt. Am Sonntag morgen treffen sich die Genossen der 1. Abt. 10 Uhr Kreuzbergstr. 2 bei Rausch, der 2. Abt. 8 Uhr Beigemannstr. 97 bei Rausch, der 3. Abt. 9 Uhr am Kaiser-Friedrich-Platz, der 4. Abt. 10 Uhr am Hohenstaufenplatz, Gemeindefunktion vom Hohenstaufenplatz 9 1/2 Uhr.

4. Distrikt. Die zum Freitag 7 Uhr einberufene Volksversammlung der Bildungskommission findet nicht bei Janke, sondern bei 2 a 1 r, Rauschstr. 10, statt.

6. Distrikt. Treffpunkt am 1. Mai, morgens 8 Uhr, in den Bezirken- und Bezirkslokalen. Sammelpunkt der Abteilungen sowie aller sonstigen Teilnehmer am Tage um 8 1/2 Uhr auf dem Georgenkirchplatz.

7. Distrikt. Die Genossen werden ersucht, die Wahlkarte, welche der Wahlleiter, spätestens Sonntagabend, 1. Mai, vorm. 11-12 Uhr, im Viktorien-Garten (Treptow) beim Gen. Steininger abzugeben. Die Bezirke- und Abteilungsleiter noch vorher beim Wahlleiter abgeben.

9. Distrikt. Walfeste! Die die Ortsleiter bestimmen Genossen werden gebeten, am 1. Mai pünktlich 10 Uhr sich im Lokal von Reich, Friedeburger Straße 1, zu einer Besprechung einzufinden. Bezirkeleiter werden außerdem eine Anzahl von Genossen, welche gewollt sind, Ordnenleiste zu verrichten, nach diesem Lokal schicken. Auch können dort die Fahnen, die für den Aufmarsch der Demonstration benötigt werden, in Empfang genommen werden. Der Aufmarsch geschieht aus den Bezirken und Abteilungen unter der Berücksichtigung, daß die vereinbarte Zeit des Aufmarsches 10 Uhr vom Krosswälder Platz nach dem Friedrichshagen genau eingehalten werden kann.

10. Distrikt, 13. Abteilung. Walfeste. Treffpunkt in den Bezirkslokalen morgens 7 1/2 Uhr.

12. Distrikt. Am 1. Mai früh 8 Uhr Aufstellung des Demonstrationszuges bei Wäitner, Schwedter Straße 23. Die Genossinnen und Genossen werden ersucht, zahlreich und pünktlich zu erscheinen. Die Bezirksleiter sowie alle Funktionäre stellen sich an diesem Tage als Ordner und haben um 7 1/2 Uhr bei Wäitner zum Empfang der Fahnen und Fahnen zu sein.

13. Distrikt. Treffpunkt am 1. Mai in den Jahlobenlokalen um 8 Uhr. Pünktlich 8 1/2 Uhr Abmarsch vom Humboldtplatz. Kinder und Gäste mitbringen.

15. Distrikt. Aufstellung des Festzuges: 1. Abt. Bornholmer Straße (Abmarsch 8 1/2 Uhr); 2. Abt. Georgenplatz, Ecke Sonnenburger Straße (Abmarsch 8 1/2 Uhr); 3. Abt. Hohenstaufenplatz (Abmarsch 9 Uhr).

16. Distrikt. Montag 7 Uhr familiäre Mitglieder der politischen Kommission bei Ringe, Sollerstr. 14.

18. Distrikt. Am 1. Mai treffen sich die Bezirke zum Abmarsch nach dem Humboldtplatz um 9 Uhr auf dem Spargelplatz. Um 9 Uhr nachm. ebenfalls Treffpunkt zum Walfestzug, Angehörige und Freunde mitbringen.

Treffpunkt-Sonnenberg. Sonntag, 2. Mai, vorm. 10 Uhr, Sitzung der Bildungskommission in Grünau, Rönninger Straße 88, Restaurant Franz, jeder Ort muß vertreten sein.

Charlottenburg. Frauenkommission. Freitag, 20. April, Sitzung bei Frau, Bülowstr. 8.

Rieserhagenwiese, Freitag 7 Uhr öffentliche Volksversammlung in der Schulaula.

Schöneberg. Walfeste. Die revolutionäre Arbeiterschaft hat seitlich sich an der Demonstration um 12 Uhr auf dem Hohenstaufenplatz. Treffpunkt der Genossen in den Bezirkslokalen 9 1/2 Uhr. Abmarsch des Zuges mit Musik vom neuen Rathaus pünktlich 10 1/2 Uhr. Der Abmarsch nimmt um 10 Uhr die Ecke Reichow Straße 105 auf. Wenn möglich, schickt man Kinder um 1. Mai nicht zur Schule, weil es geschlossen an unserer Demonstration teil. — Freitag, 20. April, 8 Uhr Hohenstaufenplatz 49 Elternversammlung der 7. Gemeindefunktion. Wahl des Wahlkommissars. Die Christlichen haben durch ihren Beitritt die Ungültigkeit der Wahl durchgesetzt. Neumahl am 1. Mai. Kaffee für kostenlose Beteiligung, Montag, 3. Mai, die von Christlichen das Feld nicht verlassen wollen. — Montag, 3. Mai, 10 Uhr öffentliche Frauenversammlung in der Hildesheimer, Kollmannstr. 22. Gen. Ziel spricht über „Die Frauen und die Reichstagswahl“. Eintritt für Kaffeefest.

Reutlin, 14. Bezirk. Die Genossen und Genossinnen treffen sich am 1. Mai vorm. 10 Uhr zur Demonstration der Wöhlen, Enten Straße 16. — 3. Bezirk bei 10 Uhr und Regenberg, Ziesenhofstr. 20.

Reutlin. Achtung! Walfeste! Kriegsschädliche markieren vor der zweiten Walfeste. Aufstellung 8 Uhr Bergbergplatz. — Die Genossen des 13. Bezirke treffen sich 7 1/2 Uhr vorm. am Kranzplatz.

— Die Telegraphie Gonghofstraße vis-à-vis Bobenkohl 7 1/2 Uhr. — Die Bezirksleiter haben alle Walfestbilletts am 1. Mai in der Kindbrauerei beim Genossen Eichstädt abzugeben, widrigenfalls diese als verfallen gelten.

Wilmersdorf. Heute Freitag abend 7 1/2 Uhr Frauenabend im Gefangenen des Gymnasiums Rauschstraße.

Steglitz-Friedeburg. 1. Mai, vorm. 10 Uhr, öffentliche Versammlung im Rathaus Friedeburg, Ref.: Gen. H. Stein. Nachm. 2 1/2 Uhr Treffpunkt in Steglitz, Barchplatz Döppelstr. Abmarsch zum Jahlobenpark in Lichterfelde, Unter den Eichen.

Reinickendorf. Die Kinder des wüsten Ortelste treffen sich zum Walfestzug um 1 Uhr auf dem Hofe der V. Schule. Nach den Spielen auf der Waldes folgt Kaffeetrinken im Volkshaus, wozu den Kindern ein Becher mitgegeben werden muß. In Reinickendorf trifft sich die Kinder um 11 Uhr in den Hubertuskäfen, wenn irgendmöglich, der Bezeichnung des Tages entsprechend geschmückt. Für die proletarischen Feiern am 2. Mai sind Karten beim Genossen Kaufmann zu haben.

Tegel. Walfeste. Morgens 9 Uhr Volksversammlung auf dem Schulhof Tegelstraße, Nachm. 1 Uhr Aufstellung des Festzuges, am See. Von da ab Abmarsch nach der Tegelwiese Schulgenossenschaft. Keine Beteiligung wünscht das Festkomitee.

Friedrichshagen. Am 1. Mai vorm. 8 Uhr Treffpunkt an der Kirche, Rauschstr. Die Genossen und Genossinnen treffen sich am 1. Mai vorm. 8 Uhr am Bohnhof zur Beteiligung an der Versammlung in Treptow.

Zehlendorf. Am 1. Mai vorm. 10 Uhr Demonstrationssammlung auf dem Fußballplatz gegenüber dem Berggarten.

Bereinskalender.

Freie sozialistische Jugend, Gruppe Ostra. Achtung! Heute abend 7 Uhr Mitgliederversammlung im Lokal Paul Hoffmann, Gubenstr. 5.

Deutscher Transportarbeiter-Bund. Bedienstete Arbeiter und Arbeiterinnen aus allen Betrieben der Textil-, Holzhandels- und Verleumdungsindustrie. Am Freitag abend 8 Uhr, im großen Saal der Bahnhofsbrücke, am Kreuzberg, große Versammlung.

Berliner Arbeiter-Schachklub „Nord-West“. A-Bundungsleiter der 2. Abteilung am Freitag, den 20. April, 7 Uhr abend, bei Pongel Rauschstr. 28. Vortrag, Tombola-Turnier, Güte willkommen.

Verantwortlich für die Redaktion: Hilke Melepp, Reichshaus, Verlagsgesellschaft „Freiheit“, e. B. m. B. Berlin, — Druck der Hagenbuchdruckerei und Verlagsgesellschaft m. B. O. Schulhausstr. 22.

Jeder Arbeiter, jeder Handwerker, jeder praktisch arbeitende Mann
 der für seine Arbeit, für seinen Beruf, besonders vorteilhaft geeignete Kleidung nötig hat, kauft diese bei der bekannten Firma
Kohnen & Jöring, Arbeitskleidung & Berufskleidung
 Größtes Spezialgeschäft dieser Art
 Alexanderstrasse 12. — Rosenthaler Strasse 53. — Landsberger Allee 148. — Neuköllner Bergstrasse 61.

Sozialistische Proletarier-Jugend / Bezirk Groß-Berlin.

Massen-Kundgebung!
 Die Bedeutung der sozialistischen Jugendbewegung.
 Am Freitag, den 30. April, abends 7 Uhr, in der Stadthalle.
 Referenten: Wegmann, Betriebsrat-Zentrale, Dr. Richard Wegner, Reichner, Metallarbeiter-Verband, Hans Kraus, Sozialistische Proletarier-Jugend.
 Jugendliche Arbeiter, Arbeiter, Eltern erscheint in Massen. — Saalöffnung 6 Uhr. Zur Unkostenbedeckung 30 Pfa. am Sonntagsnachmittag.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
 Verwaltungsstelle Berlin • A 54, Einienstraße 83-85.
 Geschäftszeit von 10 mittags 9 Uhr bis nachmittags 4 Uhr
 Telefon: Amt Norden 185, 1239, 1987, 9714.

Kollegen und Kolleginnen!
 Die Urabstimmung über die Erhöhung des Sozialzuschlags findet am
 Freitag, den 30. April, von 2-6 Uhr, Sonntag, den 2. Mai, von 10-1 Uhr und Montag, den 3. Mai, von 2-6 Uhr in folgenden Lokalen statt:

- | | |
|--|--|
| <p>Nordost:
 1. Rab, Raxte 12.
 2. Wieding, Hennigsdorfer Straße 13.
 3. Krause, Seefer, 62.
 4. Gohls, Lindener Straße 28.
 5. Carus, Voltajstr. 37 (nur am Freitag u. Montag).
 6. König, Duffenstr. 35 (nur am Freitag und Montag).
 7. Baumann, Gerdstr. 74.
 8. Doms, Schlegelstr. 9 (nur am Freitag u. Montag).
 9. Bliesche, Koppenhagen Straße 74.
 10. Wöllner, Schmeider Straße 23.
 11. Mertens, Bernauer Straße 82.
 12. Knapp, Grünhalden Straße 6.
 13. Tritsch, Dronheimer Straße 4.
 Nordwest:
 14. Späth, Georgenkirchstr. 65.
 Ost:
 15. Blume, Alt-Wegbogen 56.
 16. Währ, Strolauer Allee 47 (nur am Freitag und Montag).
 17. Comenius-Säle, Remeler Straße 87.
 18. Hoff, Strohmannstr. 20.
 19. Pilgner, Blumenstr. 34.
 Südost:
 20. Fegeler, Reichensberger Straße 50.
 21. Hellmuth, Köppler Straße 58.
 22. Greine, Rungestr. 30 (nur am Freitag und Montag).
 23. Gewerkschaftshaus, Engelauer 15, Saal 11.
 24. Pruffer, Michaelkirchstr. 20a.
 Südwest:
 25. Romak, Göttschiner Straße 66.
 26. Wenzel, Köppler, 1.
 27. Späth, Eisenstr. 30.
 Süd:
 28. Topp, Alte Jakobstr. 1.
 West:
 29. Wiemer, Säulenstr. 58.
 Nordwest:
 30. Sturz, Duffenstr. 9.
 31. Dellinger, Verlichingenerstr. 8.
 32. Kallert, Cohnowstr. 34.
 33. Tiedemann, Halbenstr. 19.
 Zentrum:
 34. Hummel, Sophienstr. 8.
 Köpenicker:
 35. Michael, Blumenstr. 73.
 Schöneberger:
 36. Voges, Baumgärtelstr. 14.
 Charlottenburger:
 37. Bolthaus, Köpenickerstr. 8.
 38. Porzschel, Köpenicker-Friedrich-Straße 84.</p> | <p>Spandauer:
 39. Köhner, Augusten-Straße 29.
 Friedrichshagen:
 40. Zintus, Friedrichstr. 129.
 Lichtenberg:
 41. Schulz, Kronprinzenstr. 47.
 Marienthor:
 42. Straßer, Chausseestraße.
 Neukölln:
 43. Gentchel, Bobruker, 58.
 44. Rüdiger, Berg, Eder Straße.
 45. Jocal, Klaus, Krenzstr. 14/16.
 46. Piechlich, Oberstr. 5.
 Oberschönweide:
 47. Roback, Wilhelmstr. 18.
 Tankow:
 48. Schmidt, Hektorstr. 15, Eingang Gerdstraße.
 Reinickendorfer Markt:
 49. Jugendheim, Schornweberstr. 115.
 Rosenthal:
 50. Reinb, Am Bahnhof (nur am Freitag und Montag).
 Schöneberg:
 51. Obst, Martin-Luther-Str. 6.
 52. Braun, Genest, Ecke Kehlstr. (nur am Freitag und Montag).
 Himmelsdorf:
 53. Müller, Sonnenbäumchen-Allee, Ecke Märkischer Platz (nur am Freitag und Montag).
 Spandau:
 54. „Zur letzten Minute“, Neue Bahnhofstr. 2 (nur am Freitag und Montag).
 55. Steinweg, Bismarckstr. 8.
 56. Röhlich, Neuenhofer Straße 86.
 Siegelstr.
 57. Georg Lang, Holsteinische Straße 22.
 58. Henke, Hensburger Straße 7 (nur am Freitag und Montag).
 Tegel:
 59. Lehndardt, Berliner Straße 84.
 Zehlendorf:
 60. Bürgergarten, Berliner Straße, am Bahnhof.
 Treptow:
 61. Koch, Heibelberger Straße 80/81.
 Wilmersdorf:
 62. Rasche, Berliner Allee 251.
 Wilmersdorf:
 63. Schönwald, Storchhof.
 Schöneberg:
 64. Marquardt, Berliner Straße 85.</p> |
|--|--|
- Es ist Ehrenpflicht aller Kollegen und Kolleginnen sich an der Urabstimmung zu beteiligen.
 Die Ortsverwaltung.

Verband der Schneider, Schneiderinnen und Wäschearbeiter Deutschlands.
 Filiale Berlin, Seebadstr. 37/38.

Branchen-Verammlung
 Tagungsordnung:
 „Bericht von den zentralen Verhandlungen.“
 Berichterstatter: Walter Gerd Fischer.
 Am 9 Uhr vertritts findet in dem ersten Lokal (kleiner Saal) Sitzung der Vertrauensmänner und Betriebsräte statt. Jedes Mitglied muß durch einen Schneider und Schneiderin vertreten sein. — Vollständiges Erörtern ist Pflicht!
 Wichtigkeit über Karte legitimiert. Ohne dies oder mit nicht als 8 erscheinenden Wochenscheitern Teil zu nehmen.
 Die Kommissen.

Soeben neue Nummer erschienen!
Der Sozialist
 Unabhängige sozialdemokr. Wochenschrift
 Herausgegeben von
Dr. Rud. Breitscheid
 Abonnements vierteljährlich 10 Mk., Einzelnummer 1 Mk.
 Bestellungen sind anzugeben bei der nächsten Postanstalt, bei den Spediteuren der „Freiheit“ oder in der Buchhandlung „Freiheit“, Breite Straße 8-9.

Zinn
 bis 50,- r. kr.
 Kupfer b. 12,50
 Messing b. 6,50
 Zinnblech, Material als
 Kasstrah. Preise
Metallschmelze
 Prinzessinnenstr. 17.
 am Kottbus, Kottbus 1.

Altmetalle!
 Die höchsten Tagespreise für
 Kupfer, Messing,
 Blei, Zinn, Zink,
 Alt-Eisen usw.
 zahlt nur
Willi Haupt,
 Strausberger Str. 31.

Spiralbohrer.
 neue, ferne Spindelröhre,
 Kabel, Litzen sowie sämtliche
 Elektroartikel kauft jeden
 Posten O. Fandor, Posten-
 kolonnenstr. 29, v. L. Köpen-
 ickerstr. 8/9.

Zahn die höchsten Preise
 für
**Kupfer, Messing,
 Zink, Blei,
 Alt-Eisen, Papier
 Otto Plüger,**
 Schönehauser Allee 151, 2. Hof,
 Anhalter Str. 36.

Altmetalle!
 Kupfer, Rotg., Messing,
 Zink, Blei, und Spindelröhre,
 Zeitungspapier usw. kauft
 Schmidt, Baumstr. 4, R. L. E.

Schnellaufbohrer, neu,
 jeden Posten
 bis 300%, Naturstahl,
 Holzschrauben kauft
Friedrich Morgenstern
 nur Lichtenberg,
 Weichselstr. 15, Alex. 1269

**Spiralbohrer
 Werkzeuge
 Feilen**
Schmirgelloinen
 Holz- u. Maschinenschraub.
 Nadel sowie Altmetalle
 jeden Posten kauft dauernd
 Klemperer, Heidenstr. 7,
 Telefon: Alex. 38,
 und Ackerstr. 81, II. Hof links.

Metallhandlung
 Wallnertheaterstr. 5
 zahlt für Kupfer 12,-, Messing
 6,50, Rotg. 9,- — 100 g. Kilo.

Bekanntmachung.
 I. Es entfallen auf den Abschnitt 25 der allgem.
 nen Lebensmittelkarte der Stadt Berlin
 250 Gr. Wollensfabrikate
 zum Preise von 33 Pfa. (je Pfund 73 Pfa.),
 auf den Abschnitt 28 derselben Karte
 250 Gr. ausländische Wollens
 zum Preise von 2 Pfa. (je Pfund 4 Pfa.)
 und auf den Abschnitt 27 derselben Karte
 200 Gr. Wollens
 zum Preise von 1,40 Pfa. (je Pfund 5,50 Pfa.),
 ferner auf den Abschnitt 49 der Lebensmittelkarte für
 Jugendliche
 250 Gr. lose Hefeflocken
 zum Preise von 56 Pfa. (je Pfund 1,40 Pfa.).
 II. Unter Ausschluss nachträglicher Annahme sind
 die Anmeldeabschnitte vom Sonntag, den 2. bis Mitt-
 woch, den 5. Mai 1920, bei den Kleinhändlern abzu-
 geben.
 III. Die Kleinhändler haben die Anmeldeabschnitte
 zu den oben aufgeführten Nummern bei den Groß-
 händlern am Donnerstag, den 6. Mai 1920, abzugeben.
 IV. Nicht abgeholte Ware verfällt mit dem
 6. Juni 1920.
 Berlin, den 29. April 1920.
 Magistrat.
 Abteilung für Nahrungsmittel.
 Tgb.-Nr. 6090 RA.

**Tüchtige
 Verkäufer**
 für die Abteilungen
**Kleiderstoffe
 Seidenstoffe**
 sofort gesucht.
 Meldungen 12—2 Uhr mittags
 5—6 Uhr abends.
A. Jandorf & Co.
 Belle-Alliance-Straße 1/2.

**Tüchtige
 Verkäuferinnen**
 für die Abteilungen
**Kleiderstoffe
 Seidenstoffe**
 sofort gesucht.
 Meldungen 12—2 Uhr mittags
 5—6 Uhr abends.
A. Jandorf & Co.
 Belle-Alliance-Straße 1/2.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
 Verwaltungsstelle: Berlin A 54, Einienstr. 83-85.
 Geschäftszeit von 10 mittags 9 Uhr bis nachm. 4 Uhr.
 Telefon: Amt Norden 185, 1239, 1987, 9714.

27 Angestellte gesucht
 für folgende Abteilungen:
**Bibliothek, Krankenabteilung, Berechnung,
 Einhandlung, Expedition, Unterkassierer,
 Jugenddienst, Wäfig, Oberschönweide,
 Jugenddienst: Hauskassierer, Einienstraße.**
 Bewerber, die schriftl. macht, gute Scher, bei inneren Kassen
 der Organisation stehen und mindestens 3 Jahre Tätigkeit haben,
 werden 10. Mai 1920 an den Reichsausschuss für Berlin,
 Friedrichstr. 65, einreichen, mit der Aufschrift: „Anmeldung für den
 Posten 27...“ Mit der Dienstzeit und dem Gehalt. Die
 Namen der Bewerber sind mit dem Reichsausschuss für Berlin,
 Friedrichstr. 65, einreichen. Die Entscheidung über die Angestell-
 ten, die die nötige Tätigkeit in der Organisation haben und der
 Wahlberechtigt sind.
 Die Stellen sind alle bis zum 10. Mai 1920, die bei früheren
 Bewerbungen nicht berücksichtigt werden konnten, sich auch nicht
 zu bewerben.
 Die Ortsverwaltung.

Deutscher Holzarbeiter-Verband
 Verwaltung Berlin,
 Bureau: Berlin SO. 16, Rungelstraße 80.
 Telef. Amt Wpl. 8578 und 10623.

Das Bureau ist am **Sonntag, den 1. Mai**
 geschlossen. Die an diesem Tage falligen Unter-
 scheidungen können schon heute in Empfang ge-
 nommen werden. Beitragszahlung erfolgt heute
 abends 6-8 Uhr.
 Die Ortsverwaltung.

EINLADUNG
 zur
**Außeroerdentlichen
 Generalversammlung**
 der
**„Gemeinnützigen Bau- u. Betriebs-
 genossenschaft für Groß-Berlin“** s. G.
 m. b. H.
 zu Sonnabend, den 8. Mai 1920, nach-
 mittags 6 Uhr, im Gewerkschaftshaus,
 Engelauer 15
Tagungsordnung:
 I. Vorschläge des Aufsichtsrates zum Vorstand
 gemäß § 2 der Statuten.
 Evt. Anträge sind gemäß § 33 bei dem Vor-
 sitzenden des Aufsichtsrates einzureichen. Als
 Legitimation gilt die gerichtliche Bestätigung des
 Eintrags.
Der Aufsichtsrat:
 Schriftführer: Preuß. Vorsitzender:
 Brodowski.

Ich habe meinen Wohnsitz von **Breslau nach
 Berlin** verlegt und mich hier als
Landgerichtsanwalt
 niedergelassen.
Bureau: Lützowstraße 75.
 Sprechstunde 1/3 bis 1/4. — Fernspr. Kurfürst 9999.
Dr. Ernst Emil Schweltzer,
 Rechtsanwalt.

Genossen beachtet unsere Inserenten und beruft Euch überall auf die „Freiheit“!